



UvA-DARE (Digital Academic Repository)

Die Ostdeutschen: eine Minderheit im eigenen Land?

den Hertog, F.R.J.

Publication date
2003

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):

den Hertog, F. R. J. (2003). *Die Ostdeutschen: eine Minderheit im eigenen Land?* [, Universiteit van Amsterdam]. Universiteit van Amsterdam/AGIDS.

General rights

It is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), other than for strictly personal, individual use, unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

Disclaimer/Complaints regulations

If you believe that digital publication of certain material infringes any of your rights or (privacy) interests, please let the Library know, stating your reasons. In case of a legitimate complaint, the Library will make the material inaccessible and/or remove it from the website. Please Ask the Library: <https://uba.uva.nl/en/contact>, or a letter to: Library of the University of Amsterdam, Secretariat, Singel 425, 1012 WP Amsterdam, The Netherlands. You will be contacted as soon as possible.

KAPITEL 5

DIE EINFÜHRUNG EINES MARKTWIRTSCHAFTLICHEN ARBEITSMARKTES ODER DAS (ZUSAMMEN)WACHSEN ZWEIER WIRTSCHAFTSSYSTEME

5.0 Einführung

In fast allen Diskussionen, die im ersten Jahrzehnt nach der Wende über die Transformationen in Ostdeutschland geführt wurden, spielte der Arbeitsmarkt in den Neuen Ländern eine besonders wichtige Rolle. In der Politik, wo fast alle Parteien dieses Thema mit verschiedenen Handlungskonzepten zum Schwerpunkt gemacht haben, aber vor allem auch im alltäglichen Leben der ostdeutschen Bürger, war die Arbeitslosenquote eines der meist benutzten Stichwörter in der Analyse der ostdeutschen Gesellschaftstransformation. In den geführten Gesprächen wurden beinahe immer die Neugestaltung des Arbeitsmarktes und besonders die Entwicklung der Arbeitslosigkeit als ernüchternde Einschnitte im Alltagsleben erwähnt. Andererseits werden die anfangs sehr positiv bewerteten Veränderungen wie *Meinungsfreiheit, Demokratie, Reisefreiheit und verbesserte materielle Bedingungen* mittlerweile eher als Normalität angesehen oder sogar kritisiert (u.a. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997 und die „Sozialreporte“ des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg).

Dass der Arbeitsmarkt als ein wichtiger Faktor für die eigene Beurteilung der Integration der Ostdeutschen betrachtet wird, hat nicht nur mit den finanziellen Lebensbedingungen zu tun. Obwohl gerade die Gestaltung der Löhne und Gehälter einen wesentlichen Einfluss auf die materielle Integration in die Gesellschaft hat, ist die Teilnahme im Arbeitsprozess für sich auch von Bedeutung für die soziale Integration. Die soziale Integration gilt dabei nicht nur für das Individuum, sondern spiegelt sich auch in der gesellschaftlichen Beteiligung der Gruppe als Kollektivität wieder. Der Prozess der ethnoregionalen Identitätsbildung aufgrund von Arbeitsmarktverhältnissen wird in diesem Kapitel thematisiert und auf der Grundlage dreier Fragen erforscht.

Erstens stellt sich die Frage, wie sich die Transformation der Wirtschaft und die politische Einflussnahme in diesem Prozess auf die quantitativen Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgewirkt haben, sprich: die Frage nach der Arbeitsmarktbeteiligung der Ostdeutschen. Dabei sind sowohl die Unterschiede zwischen den verschiedenen geographischen Kontexten (Ost- bzw. Westdeutschland und die verschiedenen Länder) als auch innerhalb der Landeskontexte die Arbeitsmarktverhältnisse für Ost- beziehungsweise Westdeutsche zu beachten.

Zweitens haben sich, durch die unterschiedlichen Sozialisationsformen und Berufsqualifizierungen in den beiden ehemaligen Staaten, ungleichförmige Arbeitsmarktchancen für die Individuen ergeben. Das aufgebaute „soziale Kapital“ in der Volkswirtschaft der DDR war in der – mehr vom Interesse privater Investoren dominierten – Marktwirtschaft ohnehin nicht wiederverwendbar. Sowohl das wirtschaftliche und soziale als auch das kulturelle Kapital haben in einer sozialliberalen Gesellschaft mit wesentlich anderen kontextspezifischen Kriterien zu tun, wobei dem wirtschaftlichen Kapital hier generell eine herausragende Bedeu-

tung beigemessen wird. Diese qualitativen – meritokratischen und nicht-meritokratischen – Merkmale beeinflussen die Zugänglichkeit des Arbeitsmarktes, besonders in Bezug auf die leitenden Positionen in Betrieben und Verwaltung. Die Frage, mit der wir uns hier konkret beschäftigen ist, wie die jeweiligen ethnoregionalen Gruppen in führenden Positionen vertreten sind (die institutionsinterne Pluralität) und möglichst auch, was die Begründung für eine mögliche 'Sonderposition' wäre.

Die quantitative und qualitative institutionelle Integration, die mit den vorhergehenden Fragen analysiert wird, wird Einfluss auf die Loyalität haben, die man dem Staat gegenüber empfindet. Auch dies variiert allerdings und ist von persönlichen und kontextbezogenen Umständen abhängig. Dabei kann einerseits die aussagekräftige Vertretung von Ostdeutschen in (selbständigen) Betrieben und Organisationen ein stärkender Faktor für die ethnoregionale Identität sein. Andererseits können auch gerade die Arbeitslosigkeit und die empfundene Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der direkten Arbeitsumgebung Anlass für die Stärkung einer ethnoregionalen Identifizierung sein. Wie sich nationales beziehungsweise (ethno)regionales Loyalitätsempfinden – aufgrund arbeitsmarktspezifischer Kriterien – zueinander verhalten, ist die dritte Frage, die im Mittelpunkt dieses Kapitels steht.

Um diese Fragen beantworten zu können, ist es relevant, einige wesentliche Merkmale der spezifischen Lage Ostdeutschlands zu verdeutlichen. Dafür ist eine kurze Beschreibung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes der DDR erforderlich, da diese 'Ausgangsposition' vor der Wende des Öfteren als Referenz für die persönlichen Erfahrungen der Interviewten diene. Auch die grundlegenden Reformen der ersten Nachwendejahre – besonders die wirtschaftspolitischen und wirtschaftsstrukturellen Entwicklungen – müssen in diesem Zusammenhang beschrieben werden.

In der späteren spezifischeren Analyse der Arbeitsmarktprozesse und -maßnahmen werden die lokalen und sozialgeographischen Unterschiede zwischen Berlin und Chemnitz mehr in den Vordergrund treten. Sowohl generell als auch regionsspezifisch ist zu analysieren, wie die wirtschaftlichen Transformationen stattgefunden haben, welche Folgen sie für die Arbeitsbeteiligung hatten und wie dies letztendlich zu einem bestimmten 'Gruppenempfinden' führt – oder auch nicht.

5.1 Die DDR-Wirtschaft

5.1.1 Die Entwicklung der DDR-Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg

Nach 1945 fand auch in der Wirtschaft eine grundlegende Transformation statt. Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) wurde aufgefordert, der Sowjetunion das umgerechnete Vermögen von rund 15 Milliarden US-Dollar (in Preisen von 1938) an Reparationsleistungen zu zahlen (Judt 1998, S.116). „In der SBZ und in Ost-Berlin demonitierte die sowjetische Besatzungsmacht mindestens 2000 bis 4000 Betriebe, mehr als die Hälfte davon vollständig. Als die Demontagen 1948 endeten, betrug die Gesamtkapazität der Industrie der SBZ nur noch schätzungsweise 50 bis 70 Prozent des Standes von 1936. Letztlich haben die Demontagen die industrielle Substanz stärker geschädigt als die eigentlichen Kriegszerstörungen“ (Ciesla 1997, S.40). Auch in Westdeutschland wurde zwar, gemäß der Potsdamer Konferenz von 1945, ein Anfang mit der Demontage vom deutschen Kriegspotential gemacht¹. Dies wurde allerdings vorzeitig abgebrochen, da im Mai 1946 die deutsche Wirtschaftseinheit

¹ „Der im März 1946 vom Kontrollrat verabschiedete Industrieplan sieht neben dem Verbot ganzer Industriezweige vor, die [gesamt]deutschen Industrieproduktion auf 70-75% des Standes von 1936 zu begrenzen“ (Fragen an die deutsche Geschichte 1994, S.348).

zerbrach und ab 1947 die Gelder des Marshall-Plans² den Wiederaufbau und das spätere „Wirtschaftswunder“ Westdeutschlands ankurbelten (Fragen an die deutsche Geschichte 1994, S.348).

Im Gegensatz zu Westdeutschland bekam die SBZ/DDR keine ERP-Gelder oder ähnliche massive materielle Unterstützung für den Wiederaufbau der Wirtschaft. Als Reaktion auf die Marshall-Gelder baute die Sowjetunion dennoch zusammen mit den so genannten Volksdemokratien einen ökonomischen Binnenmarkt auf: den *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW). Um dieses Wirtschaftssystem zu koordinieren, wurden so genannte Fünfjahrespläne entwickelt, die mit den Plänen der anderen Volksrepubliken abgestimmt wurden. Um diese Pläne optimal zu steuern, wurde ab 1958 sogar der ganze Außenhandel der DDR zum Staatsmonopol (Verfassung der DDR, Artikel 9, Absatz 5). Allmählich wurden also die wirtschaftlichen Verknüpfungen der osteuropäischen Staaten weiter ausgebaut, wobei das Wirtschaftssystem der Sowjetunion als Musterbeispiel für die beteiligten Staaten diente.

Im Handel mit der UdSSR – schon 1950 der größte Handelspartner für die DDR – führte die Intensivierung des Handels zu einem ständigen und rasanten Wachstum des Handelsvolumens. Während der Außenhandel zwischen der DDR und der UdSSR 1950 einem Wert von rund 1,5 Milliarden Valuta-Mark³ entsprach, stieg dieser 1960 auf etwa 8 Milliarden, 1970 auf 15 Milliarden und 1980 auf fast 42 Milliarden Valuta-Mark (Zimmermann u.a. 1985, S.128). 1960 betrieb die DDR dreiviertel ihres Außenhandels mit so genannten *sozialistischen Ländern*, davon 43% mit der UdSSR.

Das gesamte Wirtschaftswachstum der DDR war im Vergleich zu dem der BRD moderat. Die „Hauptaufgabe, Westdeutschland in Bezug auf den durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an wichtigsten Gütern zu übertreffen“⁴ (Ulbricht 1959), konnte nicht eingelöst werden. Auch die im Siebenjahresplan (1959-1965) festgeschriebene Wachstumsrate von 9 bis 10% konnte – wegen der massiven Auswanderung qualifizierter und junger DDR-Bürger in die BRD⁵ – nicht erwirtschaftet werden. Durch den Vorsprung der Bundesrepublik von rund 25% im Konsum und 30% in der Produktion wuchs der Druck auf die innerdeutsche Grenze, die immer noch sehr einfach zu überschreiten war und quer durch Berlin verlief (Weber 1999, S.201 f.).

Insgesamt *flohen* bis 1961, laut dem westdeutschen Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 2 691 270 Personen aus der DDR in die BRD (Weber 1999). Wahrscheinlich waren es aber noch gut eine Millionen mehr, da die amtlichen Statistiken nur diejenigen zählte, die zunächst über Notaufnahmelager in den Westen kamen, nicht aber die, die bei Verwandten unterkamen (Müller-Mahn 2001). Um diesen Leerlauf aus der DDR zu stoppen wurde letztendlich die Berliner Mauer gebaut⁶. Der Leerlauf der DDR wurde hiermit tatsächlich gestoppt. Die Ausreisen (beziehungsweise Fluchtversuche) aus der DDR hielten aller-

² Das „European Recovery Program“ (ERP) – Marshall-Plan – wurde angeboten an praktisch alle europäische Länder und betrug insgesamt 12,4 Milliarden Dollar. Die osteuropäischen Länder mussten ihre Teilnahme unter Druck der Sowjetunion absagen. Über dieses Programm bekam Westdeutschland insgesamt \$1,56 Milliarden Dollar, die vorwiegend benutzt wurde für Nahrungsmittelimporte, allerdings auch wichtige Wirtschaftszweige wie der Energiewirtschaft und der Kohlebergbau ankurbelte.

³ Der Valutamark (VM) war eine „statistische Währung“ die verbunden war mit dem Transfer-Rubel. Der Wert der Valuta-Mark war, wegen Abweichungen in der Statistik, nur ungenau zu bestimmen oder zu vergleichen mit Westwährungen wie DEM und US-\$. 1961 galt einen Kurs von 1 DM = 1 VM, 1982 war der Kurs 1 VM = 0,71 DM (Zimmermann u.a. 1985, S.1453).

⁴ So Walther Ulbricht in einem Artikel: Des deutschen Volkes Weg und Ziel (1959) (in: Weber 1999, S.201)

⁵ Allein in den Jahren 1960 und 1961 *flüchtete* rund 358 918 DDR-Bürger in die BRD. Unter ihnen waren viele junge und qualifizierte Fachkräfte wie Ärzte, Lehrer und Wissenschaftler. 50% der *Flüchtlinge* waren Jugendlichen unter 25 Jahre (Weber 1999, S.220).

⁶ Für die Errichtung der Berliner Mauer hatten Chruschtschow und die andere I. Sekretäre der kommunistischen Parteien der Staaten des Warschauer Paktes am 5. August – nach drängen der DDR-Regierung – ihre Zustimmung gegeben (Weber 1999, S.221).

dings auch nach dem Mauerbau an, jedoch auf wesentlich niedrigerem Niveau⁷ (Grünheid & Roloff 2000, S.44).

Durch Adenauers „Westbindung“ und Ulbrichts „Solidarität mit der Sowjetunion“ entfremdeten sich die beiden deutschen Staaten in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg wirtschaftlich und kulturell immer mehr von einander. Mit dem Ende der 60er Jahre intensivierten sich die politischen und wirtschaftlichen Kontakte allerdings, unter anderem als Folge der „Ostpolitik“ von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), aber auch durch die Schuldenlast der DDR.

Das Wirtschaftswachstum der DDR blieb nämlich auch nach dem Mauerbau kontinuierlich hinter dem der BRD zurück. Und somit konnte die staatliche Subventionierung den Lebensstandard in der DDR seit Ende der siebziger Jahre nur noch mit Hilfe von Krediten aus dem Ausland finanziert werden (Hertle 1992). Das zunehmende innerdeutsche *Außenhandelsvolumen*, der jährliche Geldstrom von rund zwei Milliarden D-Mark aus der BRD⁸ und auch die Öffnung von Intershops, Intertanks, Interhotels und Interflug⁹, sorgte zwar für eine Zunahme von westlichen Devisen in der Staatskasse, andererseits stiegen die Bezüge aus der BRD noch schneller (vgl. Cornelsen, Lambrecht, Melzer & Schwartau 1983; Zimmermann u.a. 1985, S.646), wodurch die Defizite des Staates unterm Strich anstiegen und damit auch die Abhängigkeit von weiteren Westkrediten¹⁰.

Ein Weg, um mehr „westliche Devisen“ einzubringen, wurde 1966 mit der Gründung des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) initiiert¹¹. Devisen wurden hier unter anderem durch den Verkauf von Kunst, Antiquitäten, Waffen, Blutprodukten und Hochtechnologie eingebracht. Andere Einkommensquellen waren unter anderem Müllimporte aus der BRD und Tarnfirmen im Ausland. Zwischen 1964 und 1989 wurde auch Geld mit dem Verkauf von politischen Häftlingen verdient. In diesem Zeitraum sind insgesamt 33 755 Gefangene von der Bundesregierung für den gesamten Betrag von rund 3,5 Milliarden DM *freigekauft* worden¹². Dieser Verkauf politischer Aktivisten brachte für der DDR einerseits Devisen, andererseits wurde mit der Entlassung dieser Häftlinge auch ein potentieller Unruhefaktor beseitigt. Dazu kam, dass das Interesse des Westens für die Geschichten dieser Aktivisten meist unterkühlt war und diese angeblichen *Freiheitshelden* als Heuchler entlarvt werden konnten, denen es nur um den westlichen Wohlstand ging (Wolle 1998, S.210).

Die geographische Nähe zur BRD und die vorsichtige Annäherung beider deutscher Staaten war andererseits auch ein Auslöser für wachsende Unzufriedenheit.

„Und das ist vielleicht unser Fehler gewesen, den es in unserer Gesellschaft gab. Dass wir nicht beachtet haben, dass die Jugend ... dass die auch nach Außen blicken konnte. Es war kein Problem, tagsüber zu arbeiten und auf den Sozialismus zu schwören und dann zu Hause „Westfernsehen“ zu gucken. Bloß waren wir als kleines Land von vielen Dingen ab-

⁷ Insgesamt siedelten in der Periode 1962-1988 (nach westlichen Angaben) 564 416 DDR-Bürger in den Westen um. Im Jahre 1989 kamen noch 343 854 hinzu (Fischer-Chronik, S.765).

⁸ Unter anderem durch die Benutzung der Transitwege nach Berlin, die Beseitigung vom westberliner Abwasser, die Nutzungskosten der durch Berlin (Ost) fahrende U-Bahn, und der verbindliche Mindestumtausch für Besucher aus dem nichtsozialistischen Ausland (Zimmermann u.a. 1985).

⁹ „Handelsorganisationen“, die ab 1962 die Verschaffung von Devisen anstrebte durch den zollfreien Verkauf von Importwaren an Reisende aus dem kapitalistischen Ausland. Die Läden waren ab 1974 auch zugänglich für Bürger der DDR (die seitdem auch über DM verfügen durften). Ab 1979 mussten die DDR-Bürger für die Einkauf in diesen Läden ihre westlichen Devisen bei der DDR-Staatsbank umtauschen in sogenannte Forumschecks.

¹⁰ U.a. der konservative bayerische CSU-Ministerpräsident Franz Josef Strauss (von 1978 bis 1988) verschaffte der DDR 1983 ein Kredit von einen Milliarden D-Mark (Boterman 1999, S.101).

¹¹ Leiter der KoKo wurde das Mitglied des Zentralkomitees, Alexander Schaick-Golodkowski.

¹² Nach Auswertung von Geheimprotokollen und Aussagen des ehemalige Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski sind in Wahrheit zirka 8 Milliarden DM geflossen (der Spiegel Nr.51/1999, S.137). Das Kopfgeld lag dabei zwischen 40 000 und knapp 100 000 D-Mark.

hängig, und haben sicherlich nicht beachtet, dass die Jugend in solchem Maße abwandern würde, dass die materielle Gegenstände haben wollte, die es nicht gab hier... Nicht dass es überhaupt nichts gab... Und dazu kam noch, dass die Gesellschaft geteilt wurde. Es war ein markanter Fehler, dass man dann die so genannten Intershops aufgemacht hat. Die, die Kontakte zum Westen hatten, hatten damit auch Westgeld und konnten damit einkaufen. Und die Leute haben das damals angenommen wegen der schönen Reklame und so“ (ehemaliger Botschafter der DDR, Berlin).

Trotz der verschiedenen Wege, Devisen in die Staatskasse einzubringen, stand die DDR unter ständig wachsendem finanziellen Druck. Dazu kam, dass sie relativ viele Rohstoffe importieren musste. Die DDR war unter anderem für Erdöl, Gas, Kohle, Erze, Kork, Holz, Papier und Spinnstoffe von Zulieferungen aus dem Ausland abhängig (Statistisches Jahrbuch 1992, S.309). Durch das beschränkte Vorhandensein von Rohstoffen konnten auch die wegen ihrer produktionssteigernden Effekte getätigten Investitionen im *kapitalistischen Ausland* nur moderat zum Wachstum der Industrie beitragen.

1987 wurden die Produktivitätsraten in der DDR, nach unterschiedlichen Definitionen, mit 20 bis 50% von denen der BRD beziffert¹³. Nach der Wende hat das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) anhand neu vorhandener Daten berechnet, dass das Bruttosozialprodukt der DDR (berechnet nach westlichen Methoden) für das Jahr 1989 einer Summe von rund 285 Milliarden entsprach. Die BRD hatte im gleichen Jahr ein Bruttosozialprodukt von 2240 Milliarden. Auf die Anzahl der Erwerbstätigen umgerechnet bedeutet das, dass die Wirtschaft der DDR circa 37% der Produktivität der BRD erreichte.

Der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Gerhard Schürer, wies dennoch erst im April 1988 auf die Notwendigkeit einer Senkung des Lebensstandards hin. In einem im Oktober 1989 vorgelegten Papier schrieb er sogar, dass die DDR im Vergleich der Arbeitsproduktivität 40% hinter der BRD zurückliegt. „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 - 30% erfordern und die DDR unregierbar machen“ (Schürer 1989).

Über die wirtschaftspolitische Schwäche der DDR waren sich praktisch alle meiner Gesprächspartner einig. Und auch die Tatsache, dass diese Schwäche [unter anderem neben der mangelnden Reisefreiheit] einer der wichtigsten Faktoren für das Scheitern der DDR gewesen ist, stand nicht zur Diskussion.

„Es gab hier einen Staat mit relativ wenig Demokratie, mit einer mangelnden wirtschaftlichen Effizienz, der es aber geschafft hat, die soziale Problematik zu lösen. Allerdings hat er auch beträchtliche Defizite. Es gab wirklich Sachen, die total marode waren, wo auch nichts mehr zu retten war. [...] daran ist dieser Staat auch kaputt gegangen. Das muss man ganz nüchtern so einsehen“ (PDS-Vorsitzender Berlin-Hellersdorf).

5.1.2 Die sozialistischen Merkmale des Wirtschaftssystems

Ein essentieller Teil der sozialistischen Transformation nach dem Zweiten Weltkrieg war die Beseitigung der kapitalistischen und nationalsozialistischen Strukturen sowie die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks und der Industrie. Die Kollektivierung der Wirtschaft führte zur Enteignung vieler privater Unternehmen und deren Umgestaltung in so genanntes „*Volkseigentum*“ (Sozialisierung/Vergesellschaftung) beziehungsweise „*Gruppeneigentum*“ (Kollektivierung). „Die Geräte, Maschinen, Anlagen, Bauten der landwirtschaftlichen, handwerklichen und sonstigen sozialistischen Genossen-

¹³ Die erste Prozentsatz kam vom Dieter Grosser, aus der Reihe „*Geschichte der deutschen Einheit*“ (1998). Das zweite stammt vom Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) kam gleichzeitig auf eine Produktivität von rund 33% des Westdeutschen Niveaus (Jacobsen 2001).

schaften sowie die Tierbestände der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und das aus genossenschaftlicher Nutzung des Bodens sowie genossenschaftlicher Produktionsmittel erzielte Ergebnis sind genossenschaftliches Eigentum“ (Verfassung der DDR 1968, Artikel 13). Diese Betriebsarten wurden gekennzeichnet mit Akronymen wie LPG¹⁴, PGH¹⁵, KG¹⁶, HO¹⁷ und VEB¹⁸. Manche dieser Betriebe, die in ähnlichen Branchen tätig waren, wurden zu so genannten „Kombinaten“ zusammengelegt, wobei die einzelnen Betriebsteile zentral gesteuert wurden.

Alle diese sozialistischen Betriebsformen wurden allerdings durch die vom Staat gestalteten „Fünfjahrespläne“ in starkem Maße in ihrer Produktion gelenkt. „Nach Plan arbeiten hieß, dass man mit den Materialien machen musste, was die im Politbüro entschieden hatten“ (Frau R. aus Berlin). Mit den beschränkten Mitteln und Grundstoffen führte dies in der DDR zu einer Institutionalisierung der „Gleichheit des Mangels“ (Lepsius 1996, S.45) und einem relativ schlechten Kontakt zwischen Produzent und Konsument.

Die Ineffizienz und der mangelnde Kontakt zwischen Markt und Produzent konnte unter anderem dazu führen, dass Produkte vom Markt genommen wurden, die (anscheinend) gut verkauft wurden. Merkel hat in ihrem Buch „Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation“ (1998) viele Originalbriefe dokumentiert, die an das DDR-Fernsehprogramm „Prisma“ geschickt wurden. Herr Schreiter zum Beispiel beklagte sich bei der Redaktion von *Prisma* über das Verschwinden seiner Zigarrensorte mit den Worten:

„In jedem Geschäft, das diese Zigarren führte, musste man immer wieder feststellen, dass die Nachfrage größer war, als das Aufkommen. Diese Angelegenheit steht doch im Widerspruch zu der von [VEB Zigarrenfabrik] Dingelstädt gemachten Aussage und außerdem zu den Beschlüssen der letzten Parteitage in bezug auf immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung. Im Namen aller Zigarrenraucher bitte ich Sie hiermit um Überprüfung und sehe einer baldigen Antwort mit Interesse entgegen. Mit sozialistischem Gruß“ (Merkel 1998, S.110).

In das Vorfeld der Wirtschaftsplanentwicklung und das Aufstellen der unterschiedlichen Jahrespläne wurden (neben Ministerien, Kombinaten, Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden) auch die Arbeiter der Betriebe und Kombinate miteinbezogen. Es fanden dafür Arbeiterversammlungen statt, woran allerdings auch die Betriebsleitung und die Gewerkschaft aktiv beteiligt waren. Die letztendlich von der „staatlichen Plankommission“ (SPK) entschiedenen Wirtschaftspläne galten hingegen als die Minimalanforderung eines Betriebes. In allen Plankommissionen¹⁹ spielten die Vertreter der SED und der Massenorganisationen (besonders des FDGB) eine zentrale Rolle.

¹⁴ „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ waren Landwirtschaftsbetriebe, in der die Mitglieder der Genossenschaft Boden, Maschinen und Geräte gemeinsam nutzten (Zimmermann u.a. 1985, S.803).

¹⁵ „Produktionsgenossenschaft im Handwerk“ waren zusammengeschlossene selbstständige Handwerker, die ihren Besitz gemeinsam nutzten (Zimmermann u.a. 1985, S.591).

¹⁶ „Konsumgenossenschaften“ waren Vereine in der die beteiligende Mitglieder gemeinsam Waren einkauften. Durch den Einkauf im Grossen und Verkauf im Kleinen konnten relativ preiswerte und frische Waren angeboten werden.

¹⁷ „Handelsorganisationen“ waren staatlich geführte Läden in dem ab 1948 rationierte Waren frei verkauft wurde. Diese Ware waren anfangs stark überteuert, und schaffte damit staatliches Einkommen aus Hände der Besserverdienende (Ciesla 1997).

¹⁸ „Volkseigene Betriebe“, waren durch Vergesellschaftung in direkten staatlichen Besitz gelangten Betriebe und Unternehmen (Zimmermann u.a. 1985, S.1499).

¹⁹ Als lokal Verantwortliche galten die „Bezirksp plankommission“ und die „Kreisplankommission“.

5.1.3 Die gesellschaftspolitische Rolle des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)

Die Funktion des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der DDR-Gesellschaft beschränkte sich nicht auf die Vertretung der Arbeitnehmer, sondern war auch eindeutig ideologischer und sozial-politischer Natur²⁰. Durch die sozialistische Form der Eigentumsverhältnisse verstand sich der FDGB als eine *Organisation von Werktätigen*. Damit unterschied sie sich von klassischen Gewerkschaften, da die Arbeiter selber auch Miteigentümer der Produktionsmittel waren und somit das Mitspracherecht formell gesichert war. Eine Folge dieser Situation war, dass es demzufolge dem FDGB gesetzlich verboten war Streiks durchzuführen.

Ende der achtziger Jahre gehörten dem FDGB rund 9,6 Millionen Mitglieder²¹ an. Von denen waren über 2,6 Millionen als ehrenamtlich gewählte Funktionäre in den Betrieben tätig (Hübner 1999, S.827) und bildete damit die weitaus größte Massenorganisation der DDR²², eine Organisation für rund 97% der Werktätigen. Der FDGB präsentierte sich zwar als Vertreter der *breiten Arbeiterklasse*, war dabei allerdings eng verknüpft mit der Nomenklatur der SED. „Die Ostdeutschen lebten in einer Gesellschaft, in der die Arbeiterschaft sozial und kulturell dominierte und die anderen Teilgruppen mehr oder weniger ‚verarbeiterlichtet‘. Es wäre [aber] eine Absurdität zu behaupten, die ostdeutschen Arbeiter hätten die politische Herrschaft ausgeübt“ (Engler 1999, S.200).

Viele tägliche Dienste und Angebote liefen über die Gewerkschaft. So war der FDGB (mit)verantwortlich für die Leitung und Verwaltung der Sozialversicherungen, die betriebliche Sozial- und Kulturarbeit, die Mitwirkung bei der Wohnungsvergabe und die Unterstützungsleistungen für Mitglieder. Er war auch für die Vergabe von Prämien für verschiedenste Leistungen inner- und außerhalb des Betriebes²³ zuständig, wie auch für die Vergabe von Plätzen für „betriebliche Erholungseinrichtungen“, *Kinderkrippen* und „FDGB-Reisen“²⁴.

Diese sozial-politischen Funktionen des FDGB machten aus einem Austreten aus der – oder einem Nicht-Eintreten in die – Gewerkschaft nicht nur einen politischen Akt, sondern auch eine Tat mit direkten Folgen für die Gestaltungsmöglichkeiten im persönlichen Leben. So hatte die Nicht-Mitgliedschaft auch eindeutig negative Konsequenzen für die weitere berufliche Entwicklung (vgl. Hübner 1999).

Eine Frau aus Berlin-Prenzlauer Berg, die die Mitgliedschaft im FDGB jahrelang verweigert hatte, erzählte ausführlich über die Schwierigkeiten, die hiermit einher gingen. Diese Schwierigkeiten bezogen sich auf zurückgebliebene Lohnerhöhungen (nicht nur von ihr selbst, sondern vom ganzen Kollegium), geringere Karrierechancen und größere Kontrolle in ihrem beruflichen wie auch im privaten Leben. Ohne FDGB-Mitgliedschaft war auch ihr Mitspracherecht am Arbeitsplatz beschränkt.

„Wenn man sich dem Chef gegenüber über etwas kritisch äußerte, dass er damit dann auch gezwungen war, darauf zu reagieren. Sonst konnte man auch zu dem Parteiverantwort-

²⁰ Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund wurde 1946 gegründet als Dachorganisation für mehrere Industriegewerkschaften. Sie verstand sich als *Organisation von Werktätigen*, also nicht primär als Interessenverband für abhängig Beschäftigten.

²¹ In 1946 waren dies noch 1,8 Millionen. In 1954 war dieses schon gestiegen auf über fünf Millionen.

²² 6,4 Millionen Mitglieder waren in der DSF (Deutsch-Sowjetische Freundschaft), 3,7 Millionen in die DTSB (Deutsche Turn- und Sportbund) und 2 Millionen in die FDJ (Freie Deutsche Jugend) (Kleinfeld 1999, S.767).

²³ Zum Beispiel Prämien bei der Erfüllung des Plans, für Verbesserungsvorschläge in der Produktion, für aktive Mitgliedschaft in der Kampfgruppe oder aufgrund „*vorbildlicher Arbeit*“ auf gesellschaftlichem Gebiet (Wolle 1998).

²⁴ Da eine gemeinsame Urlaubsreise für eine *Durchschnittsfamilie* schwer zu organisieren war – weil es nur sehr wenige private Pensionen und Hotels gab – war eine Mehrheit der DDR-Bürger abhängig von solche FDGB-Angebote.

lichen im Bezirk gehen, der dann verpflichtet war, sich drum zu kümmern. [...] Ohne Mitgliedschaft im FDGB wäre so was unmöglich gewesen, dann wurde man einfach nicht ernstgenommen“ (Arbeitslose Grafikerin, Berlin-Prenzlauerberg).

Die enge Verbundenheit des FDGB mit der SED führte dazu, dass sich die Rolle der Gewerkschaft auf die Ideologisierung des sozialistischen Gedankenguts ausweitete. Der FDGB war maßgeblich am Erreichen der ideologischen und produktiven Ziele der SED beteiligt, konnte dabei allerdings manchmal auch Vorschläge an die Politik herantragen.

„Die SED war eigentlich überall. Ob in der Schule, bei der FDJ oder auf der Arbeit im FDGB. Die Mitgliedschaft im FDGB war aber nichts Besonderes. Über diese Organisation konnte man nämlich auch Einfluss auf die Politik des Betriebes ausüben. Man konnte über diese Organisation manchmal auch einiges bewegen und vor allem seine eigenen Möglichkeiten erweitern. Aber alles natürlich innerhalb der von der SED gesetzten Grenzen“ (älterer Zeitungspublizist, Berlin).

5.1.4 Die Arbeitsverhältnisse in der DDR

Mit der Arbeiter- und Bauernklasse als Fundament des sozialistischen Staates wurde der (Hand)Arbeit ein besonders hoher Stellenwert im Konstrukt des Staates zugebracht. Und so konnte es passieren, dass die DDR in den 50er und 60er Jahren sogar als ABM (Arbeiter- und Bauern-Macht) bezeichnet wurde (Zimmermann u.a. 1985). Besonders in den Anfangsjahren der DDR wurden für diese Gruppen besondere Möglichkeiten kreiert, um ihre Berufskarriere in Richtung einflussreiche (politische) Positionen zu fördern.

„Ich war geschult für Autoschlosser und später Modellschlosser, und dann kam die Zeit, in der man sich fragte, was man sonst noch machen werde. Und ich wurde dann vom Betrieb delegiert, um an der Arbeiter- und Bauernfakultät ein Studium aufzunehmen. Das heißt, ich habe da Abitur gemacht und dann habe ich studiert. Erst wollte ich Maschinenbau machen, da ich vom Betrieb delegiert war. Aber dann habe ich 1949 angefangen zu studieren und 1952 war ich fertig. [...] Und dann war die Außenpolitik ein bisschen in Bewegung geraten, das Außenministerium existierte schon. Und dann habe ich das getan, und '55 bin ich dann fertig geworden und ins Außenministerium gegangen“ (ehemaliger DDR-Botschafter).

Eine andere typisch sozialistische Grundlage des Staates kam in der zweiten Verfassung von 1968 im Absatz über das *Arbeitsrecht* deutlich zum Ausdruck. Im Artikel 24 wurde festgeschrieben, dass jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik das Recht auf Arbeit hatte. Parallel zu diesem Recht auf Arbeit wurde – wegen der gesellschaftlichen Nützlichkeit – auch auf eine Pflicht zur Arbeit verwiesen. Das gesetzlich geregelte „Recht auf Arbeit“ sorgte letztendlich für eine praktisch vollständige Arbeitsbeteiligung aller arbeitsfähigen DDR-Bürger, wobei dies fast gleich auf die Geschlechter verteilt war²⁵.

Die Kehrseite dieser Vollbeschäftigung war, dass der „Rat des Kreises“²⁶ weniger am bevorzugten Berufswunsch eines Individuums interessiert war, sondern mehr an den volkswirtschaftlichen Erfordernissen des Staates.

„Ich wollte eigentlich ursprünglich Psychologie studieren, aber weil das ein Fach war, das von der DDR-Führung eigentlich gefürchtet wurde, war es nur für sehr wenige möglich, so was zu studieren. Dann habe ich versucht, Kunstgeschichte zu studieren, das war für mich aber auch nicht möglich, weil man damals schon genug Kunstwissenschaftler hatte. Damit war es dann erst die dritte Wahl (Literaturgeschichte), die ich studieren konnte. Und das war üblich so, man konnte eigentlich fast nie sein eigenes Studienfach auswählen“ (Rentner, Berlin).

²⁵ 48,9% der Beschäftigten waren weiblich (Winkler 1990, S.78).

²⁶ Eine Institution der verantwortlich war für die Vergabe von Ausbildungsplätze.

Parallel zum staatlichen gab es allerdings auch einen kleinen nichtstaatlichen Arbeitsmarkt. Diese „*freiberuflich Tätigen*“ (unter anderem private Ärzte, Zahnärzte²⁷, Priester, Pfarrer, Rechtsanwälte und Notare) und „*Selbständigen*“ (Künstler, Pensionsinhaber, Handwerker und mithelfende Familienangehörige) durften in kleinen privaten Unternehmen ihr eigenes Geld verdienen. Solche nichtstaatlichen Beschäftigungen – und dann vor allem in Berufen wie Künstler oder Pfarrer – waren oft die einzigen *Auswege* für Menschen, die sich nicht mit dem DDR-Staat identifizieren konnten. Sozialökonomisch wurden durch Planvorgaben und hohe Steuern jedoch enge leistungshemmende Voraussetzungen geschaffen, die die Einträglichkeit des Selbständigenstatus²⁸ sehr begrenzte (Geißler 1996). Das Ausmaß an „*selbständiger Tätigkeit*“ war in den 80er Jahren auf 2,2% der Erwerbstätigen zurückgegangen (zirka 185 000 Menschen).

Andererseits gab es auch Berufe, in denen die explizite Identifizierung mit dem Staat gerade erforderlich war. Viele Stellen waren ohne SED-Parteibuch²⁸ einfach nicht zu bekommen (Berdahl 1999). Dies waren nicht nur Stellen in der Politik, sondern auch in der Verwaltung und führende Positionen in Betrieben, Bildungseinrichtungen oder bei der Justiz. Was dieses System der Nomenklatur anbelangt, ist ein frühes Zitat von Walter Ulbricht (vom Mai 1945) sehr charakteristisch: „*Es ist doch alles ganz klar; es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben*“²⁹ (Leonhard 1956, S.272).

Damit wurde die *Macht* des einzelnen Individuums in großem Maße über die Nähe (bzw. Ferne) zur SED bestimmt; die monopolartige Konzentration von Macht und Herrschaft in der SED führte damit zur Entkopplung der klassischen Triade von Bildung, Einkommen und Macht/Status (Adler 1991). Für den Arbeitsplatz bedeutete die Politisierung des Arbeitsprozesses einerseits eine bevorzugte Behandlung von politisch Gleichgesinnten, andererseits aber auch eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen Politik und Arbeit und damit relativ viel Mitspracherecht im direkten Arbeitskreis/Kollektiv (van Hoven-Iganski 2000, S.112).

„*Damals konnte man wenigstens im Betrieb mitreden und auch mal Kritik äußern. Heute ist das ganz anders, da schluckt man viel mehr, weil der Chef dich sonst rausschmeißt. Man muss sogar bei seinen Kollegen aufpassen. Ich sage Ihnen, dass ich hier besonders schweigsam bin meinen Kollegen gegenüber. Es sind ja alle auch Konkurrenten*“ (Frau, die im Zeitraum von sechs Jahren drei ABM-Stellen besetzte, Chemnitz).

Trotz der Tatsache, dass das MfS gerade auch in Arbeitskreisen tätig war, fiel auf, dass relativ viele ihren Arbeitsplatz in der DDR als eine Art *‘zweite Familie’* beschrieben. Ein Ort, an dem nicht nur Arbeit und Geldverdienen wichtig war, sondern auch die *‘Solidarität’*, die *‘emotionale Freundschaft’* und die *‘Geborgenheit’*.

„*Man bildete damals ein richtiges Kollektiv, man konnte zusammenarbeiten und zusammen was unternehmen. Die Solidarität untereinander war einfach viel größer und deswegen machten wir auch viel mehr zusammen, auch außerhalb des Betriebes*“ (Sehbehinderter Mann, 35 Jahre, aus Berlin).

Die Bezüge aus der Arbeit (Löhne, Gehälter und Prämien) waren – je nach Beruf – vom Staat festgelegt. Arbeiter und Bauern wurden dabei relativ gut erlohnt. „Die Lohnrelationen zwischen der Beschäftigtengruppen in der DDR waren stark nivelliert. Hoch- und Fachhochschulkader verdienten netto nur zirka 15% mehr als Produktionsarbeiter, in den Alten Bundesländern bis zu 70%. Im Vergleich zu den Alten Bundesländern waren die Verdienstun-

²⁷ 3% der Ärzte und 4% der Zahnärzte waren im nichtstaatlichen Bereich tätig (Winkler 1990, S.204).

²⁸ In mancher Bereiche/Positionen war eher das Parteibuch von einer der Blockparteien erwünscht.

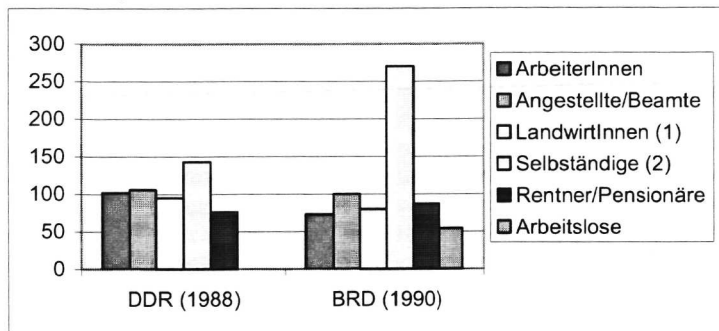
²⁹ Obwohl der Einfluss des zweiten Weltkrieges damals noch sehr prägend war, beschrieb diese Aussage auch sehr die Situation in der späteren DDR.

terschiede zwischen den Bereichen beziehungsweise Branchen mit zirka 150M/Monat gering³⁰“ (Stephan & Wiedemann 1990, S.550) (Abbildung 5.1).

Das „Einkommen“ war in zwei Teile geteilt, das so genannte „Realeinkommen“ und das „Arbeitseinkommen“. Das erste beinhaltete, neben dem Einkommen aus individuellen Leistungen, auch solche *Einkommen*, die unabhängig von der gesellschaftlichen Leistung für jeden, zugänglich waren. Dies diente unter anderem der *kostenlosen* Verfügbarkeit von Bildung, Kultur, Verwaltung, Sicherheit und Gesundheitswesen. Der zweite – größere – Teil des Einkommens wurde anhand dreier Faktoren bestimmt: der Effektivität der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, der Leistung des Betriebes und der Leistung des Einzelnen.

Ein dritter – nicht unwichtiger – Teil des *Verdienstes* musste über *Kontakte* und *Nischen* bezogen werden. Durch die wechselseitige Hilfe dieser *Beziehungen* konnte man seine individuellen Gestaltungsmöglichkeiten im Leben erheblich vergrößern (vgl. Völker 1995).

Abbildung 5.1: Verfügbares Durchschnittseinkommen je Haushaltsmitglied (Abweichung vom Durchschnittseinkommen = 100)



(1) Ostdeutschland: LPG-Mitglieder (2) Westdeutschland: ohne Landwirte
Quelle: nach Geißler (1992, S.25)

Diese *Beziehungen* wurden nicht nur mit Freunden und Bekannten gebildet, über die man bestimmte Produkte und Dienste erwerben konnte, es waren manchmal auch wortwörtlich die Kontakte und das Gespräch zwischen Unbekannten, die zum Erwerb von Dienstleistungen führte.

„Wenn ich an meinem Trabant was hatte, dann habe ich in der Werkstatt auch nie gesagt, was ich will. Kein Mensch ist wohin gegangen und hat gesagt was er will. [...] In der DDR ist das anders gelaufen. Dann bin ich in die Werkstatt gegangen und habe mit dem Chef oder wem auch immer erst mal ein Palaver angefangen. Über die Familie, über das Wetter, und so bin ich immer erst über mehrere Themen zum eigentlichen gekommen. [...] Und in dieser Zeit hat man also relativ viel über sich selbst erzählt, und damit ist das alles schon über diese Gespräche zum Teil verarbeitet worden, und das ist das Solidaritätsgefühl gewesen. [...] Heute geht man ins Geschäft und sagt zur Verkäuferin was man haben will... da findet kein Gespräch statt“ (Pfarrer in Chemnitz).

³⁰ Entgegen „offiziellen Darstellungen gab es auch in der DDR ein Lohngefälle zwischen Frauen und Männern. Die Frauen verdienten im Durchschnitt ca. 16% weniger als die Männer, weil sie häufig die weniger qualifizierten Arbeiten ausführten. Ihre Positionen waren allerdings besser als in den Alten Bundesländern, wo das Lohnniveau der Frauen etwa 30% unter dem der Männer liegt“ (Stephan & Wiedemann 1990).

5.2 Veränderungen nach der Wende

Um die wirtschaftliche Struktur von einer zentralen Planwirtschaft in eine liberale Marktwirtschaft umzugestalten, wurden einerseits durch den bundesdeutschen Staat mehrere regionsspezifische Maßnahme durchgeführt, andererseits wurde mit der Liberalisierung auch ein Prozess eingeführt, in dem die wirtschaftlichen Kräfte – Betriebe und Investoren, aber auch Prozesse wie „Europäisierung“ und „Globalisierung“ – eine autonome Rolle spielten. Ostdeutschland war nicht länger wirtschaftlich hinter dem „eisernen Vorhang“ versteckt, und diese Gegebenheit war für die Wirtschaft und die Bevölkerung folgenreich. So war eine der typischen Auswirkungen des Mauerfalls die plötzliche große Nachfrage nach *Westprodukten* und die Tatsache, dass durch den Beitritt diese Waren auch schnell und großräumig zur Verfügung gestellt werden konnten.

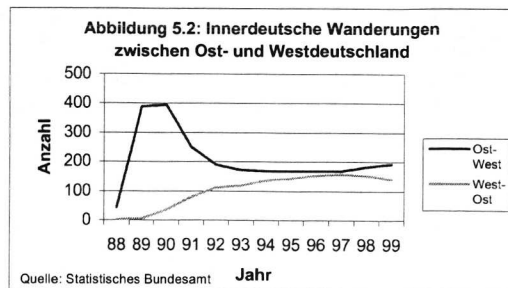
Besonders für Betriebe in den Alten Bundesländern ging der Beitritt der DDR demzufolge mit einer zügigen Erweiterung des Absatzgebietes einher und trug damit zu einem Aufschwung des westdeutschen Wirtschaftswachstums bei³¹. In den Neuen Bundesländern allerdings brach 1990 (und in den Folgejahren) die wirtschaftliche Produktion in großem Maße zusammen. Das ostdeutsche Brutto-Inlands-Produkt (BIP) schrumpfte in die Jahre 1990 und 1991 mit -16,6 beziehungsweise -7,2% (DIW 1991b, S.6).

Die Migration von Ostdeutschen in die Alten Länder nahm demzufolge, besonders in den Anfangsjahren, große Ausmaße an. Auch die von Demonstranten benutzte Parole: „*Wenn die DM nicht zu uns kommt, kommen wir zur DM*“ konnte nach der Einführung der D-Mark in den Neuen Bundesländern die Ost-West-(Arbeits)Migration nicht stoppen. Für 1991 lag der Überschuss von Fortzügen aus den Neuen in die Alten Länder immer noch bei 165 476 Personen³².

Insgesamt wanderten in den 90er Jahren ungefähr 2,5 Millionen Ostdeutsche in den Westen (Abbildung 5.2). Dies entspricht ungefähr 15% der DDR-Bevölkerung im Jahre 1989. Weit über 50% dieser Ost-West-Umsiedler kamen in der Zeit von 1991 bis 1997 vor Rechnung von Jugendlichen bis 25 Jahre³³ (vgl. Grünheid & Roloff 2000; Hinrichs & Jurkschat 1996).

„*Viele jüngere Leute sind gleich nach der Wende abgehauen. Die wollten ihr Glück woanders versuchen und fanden natürlich guten Zugang auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. Einige sind allerdings nach ein paar Jahren auch wieder zurückgekommen, die konnten sich da nicht zurechtfinden*“ (ehrenamtliche Mitarbeiterin des Arbeitslosenverbandes, Chemnitz).

Die altersspezifische Migration aus den Neuen Bundesländern hat den generellen Rückgang der Bevölkerungszahl – durch das Sinken der Geburtenrate verbunden mit einem Sterbeüberschuss – noch verstärkt. Der Saldo der Wegzüge aus den und Zugänge in die Neuen Bundesländer war kontinuierlich und eindeutig negativ. Dennoch wuchs im Laufe der 90er Jahre auch die Zahl der Zuzüge aus Westdeutschland. Im Jahre 1991 wander-



³¹ Im Jahre 1990 wuchs das Brutto-Inland-Produkt (BIP) des früheren Bundesgebietes mit 5,0% (Statistisches Jahrbuch 1996, S.641).

³² Sowohl in 1989 als in 1990 waren es rund 350.000 Menschen gewesen (Geißler 1996; Boterman 1999).

³³ Eine solche Altersselektivität der Wanderungen ist nicht Unnormal. Auch in anderen Ländern und zu andere Zeiten (z.B. vor dem Mauerbau) waren es gerade diese jüngere Kohorten die ihr Glück *im Ausland* suchten.

ten 80 270, 1994 bereits 135 770 *Westdeutsche* in die Neuen Länder (Hinrichs & Jurkschat 1996).

Diese West-Ost-Wanderung wurde vorwiegend von *Rückwanderern* (die schon mal in der DDR gewohnt hatten) und leitendem Personal vollzogen, das in verschiedenen Dienstleistungsbereichen, in der Politik, der Verwaltung³⁴, der Justiz, der Wissenschaft und der Industrie sowie selbständig tätig war (Kemper 2000, S.19). Der massive Umfang der Ost-West-Wanderungswelle und die gleichzeitige selektive West-Ost-Wanderung von erfahrenen Managern³⁵ hatte nicht nur Konsequenzen für die Altersstruktur der ostdeutschen Bevölkerung, sie führte vor allem auch zu einer qualitativen Differenz auf dem Arbeitsmarkt.

Einige der West-Ost-Wanderer machten sich übrigens einen Namen, da sie ihren Umzug nicht (nur) machten, um beim *Aufbau Ost* mitzuhelfen, sondern auch versuchten, persönliche finanzielle Gewinne zu erwirtschaften.

„Diese Glücksritter waren die Schlimmsten. Die versuchten alles mögliche, um uns reinzulegen. So hörte ich zum Beispiel von so einem Versicherungsmann der versuchte, einer alten Frau, die noch nie im Ausland war, eine Krankenversicherung zu verkaufen. Mit dieser Versicherung würde sie dann, wenn sie im Ausland krank würde, mit einem Hubschrauber nach Hause geflogen werden“ (SPD-Bundestagsabgeordnete, Chemnitz).

5.2.1 Das Trimmen der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt

Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft war untrennbar verbunden mit der so genannten Treuhandanstalt (THA). Die Idee, eine treuhändische Institution damit zu beauftragen, die Verteilung von Vermögenswerten unter *Altkadern* der DDR zu verhindern und eine Aufteilung des Vermögens unter der Bevölkerung zu ermöglichen, wurde schon 1989 von Bürgerrechtlern vorgeschlagen. Am 1. März 1990 wurde dazu die „Anstalt zur treuhändischen Verwaltung des Volkseigentums“ gegründet (Gesetzblatt der DDR 1990 I). Der Schwerpunkt dieser Anstalt, als typisches Ergebnis des Rundes Tisches, lag nicht bei der Privatisierung, sondern bei der Umwandlung der Betriebe und Kombinate (Lüken 1998).

Die organisatorische Umwandlung von Volkseigenen Betrieben in GmbHs oder Aktiengesellschaften fand in der ersten Hälfte des Jahres 1990 ohne Eigentumswandel statt. Das Volkseigentum als solches blieb also bestehen (vgl. Roesler 1993). Der Auftrag der UrTreuhandanstalt (UrTHA) wurde überwiegend als bürokratischer Vorgang angesehen, womit ungefähr 260 Ostdeutsche beschäftigt wurden, die aus verschiedenen DDR-Institutionen rekrutiert wurden. Das zweite Ziel der UrTHA war die Reprivatisierung des Staatseigentums – die Rückgabe von Vermögen an frühere Eigentümer. Auf diese Art und Weise wollten die Modrow-Regierung und vor allem auch der *Runde Tisch* die DDR-Wirtschaft stabilisieren und einen „*dritten Weg*“, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, ermöglichen (Kemmler 1994, S.48 ff.).

„Dieser Versuch des dritten Wegs wäre uns damals viel lieber gewesen als die Auslieferung an den Kapitalismus so wie sie gekommen ist. Wir haben uns damals in verschiedenen Kreisen zusammengesetzt, um diese Übernahme zu verhindern. Wir haben hart dafür gekämpft, aber letztendlich ist es doch alles so gekommen, wie wir es befürchteten, mit der Treuhand als großer Vollstrecker“ (Frau aus der Künstlerszene, Berlin-Prenzlauer Berg).

Nach dem Wahlsieg der *Allianz für Deutschland* veränderte sich das Zukunftsbild der DDR nämlich schlagartig, und damit veränderte sich auch der Auftrag der Treuhandanstalt. Mit dem „Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens“, das

³⁴ Der höhere Staatsdienst im Land Brandenburg ist 1991 zu 52% mit westdeutschen Leihbeamten besetzt (Grundmann 1994, S.34).

³⁵ die West-Ost-Migration wurde zur 70% von Männern dominiert.

am 17. Juni 1990 von der Volkskammer angenommen wurde, formulierte sich das Mandat der Treuhandanstalt neu. Das neue Gesetz ermöglichte und forderte die schnellstmögliche Übertragung von volkswirtschaftlichem Eigentum in private Hände, zum größten Teil durch dessen Verkauf. Die Treuhandanstalt verwaltete dabei, als größte Staatsholding der Welt, einen geschätzten Vermögenswert von 200-600 Milliarden DM³⁶ (100 bis 300 Milliarden Euro) (Turek 1999, S.742). Der Modrow-Regierung schätzte das Vermögen 1989 sogar auf 1 Billionen DM (500 Milliarden Euro) (Cassell 1996, S.6). Die Regierung der BRD dachte Anfangs daran, mit dem Verkauf der ostdeutschen Betriebe den ganzen Prozess der Wiedervereinigung finanzieren zu können.

Die Treuhandanstalt übernahm nahezu die gesamte DDR-Wirtschaft: 45 000 Betriebsstätten in 8000 Firmen³⁷ (vorwiegend in der Industrie, darunter 2000 mit mehr als 1500 Beschäftigten) und ungefähr vier Millionen Beschäftigte. Neben dem Privatisierungsauftrag, der zu marktwirtschaftlich existenzfähigen Betrieben führen sollte, sollte die Anstalt auch dafür sorgen, dass so viel wie möglich Betriebe (bzw. Teile davon) erhalten blieben. Da eine Privatisierungs- und Liberalisierungsaufgabe mit diesem Umfang einmalig in der Geschichte war und es für ein solches Unternehmen keine Mustervorbilder gab, war die THA gezwungen, sich zu einer lernenden Organisation zu entwickeln, die sich die grundlegendsten Regeln selber erarbeiten musste³⁸ (Lüken 1998).

„Die Aufgabe der Treuhandanstalt war so einmalig, da konnte man nicht fehlerfrei arbeiten“ (Herr S., Chemnitz).

Durch den sich ständig ausweitenden Auftrag der THA vermehrte sich auch der Anzahl der Arbeitsnehmer der Anstalt in der Zeit bis April 1991 auf ungefähr 3000 (Sinn & Sinn 1992). Die Belegschaft der THA wurde dabei nach der Vereinigung vor allem auch mit älteren Geschäftsführern aus den Alten Bundesländern aufgebaut, die den letzten Abschnitt ihres Berufslebens in der THA (später BvS³⁹) verbrachten⁴⁰. Andererseits wurde eine vergleichbar große Anzahl an jüngeren Nachwuchsführungskräften angestellt, die die THA oftmals als *Karrieresprungbrett* betrachteten. Insgesamt kamen die Mitarbeiter der THA überwiegend aus den Alten Bundesländern, und in der Zusammensetzung fehlte gerade die mittlere Altersgruppe (Lüken 1998).

Nicht nur die THA zog Personal aus dem Westen in die Neuen Bundesländer⁴¹. Mit der Gründung von Kapitalgesellschaften wurden die Betriebe laut Aktiengesetz auch zur Bildung eines Aufsichtsrats verpflichtet. Für diese wurden, nach einer direkte Ansprache des Bundeskanzlers Kohl an die deutsche Industrie, hauptsächlich „*One-Dollar-Men*“⁴² und Leihmanager aus dem Westen zu Verfügung gestellt (Lüken 1998).

„Diese Wessis wussten durch ihre Recherchen genau die guten Betriebsteile herauszusuchen, die man dann mit viel Subventionierungen aus den Sonderprogrammen noch extra ausschmücken konnte“ (Graphikerin aus Berlin).

³⁶ Diese Zahlen die sich beziehen auf die Vermögen der DDR sind, wie auch viele anderen Zahlen, strittig. Die THA selber schätzte das ihm zugetraute Kapital in Oktober 1991 auf 200 Milliarden DM. Detlev Rohwedder (Präsident der Treuhand von 20.8.1990 bis 1.4.1991) hat einige Monate zuvor gesagt: „Der ganze Salat ist 600 Milliarden [DM] wert“ (der Spiegel 25/1996, S.28).

³⁷ Die Anzahl der zu privatisieren Unternehmen nahm in Laufe des Prozesses noch zu, durch die Zersplitterung der großen Kombinate (Sinn & Sinn 1992, S.97).

³⁸ Der Bundesrepublik hatte von 1959 bis 1989 insgesamt 20 Unternehmen privatisiert. Auch im Ausland gab es keine vergleichbar großen Privatisierungsbeispiele (Lüken 1998).

³⁹ Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben wurde nach den 1.1.1995 die Nachfolgeorganisation der THA.

⁴⁰ Durch der Aufhebung der Altergrenze konnten auch Vorruheständler und bereits pensionierte Personen gewonnen werden die ihren Erfahrungspotential zur Verfügung stellten.

⁴¹ Rohwedder, ab den 15. Juli 1990 der zweite Präsident der THA, gelang es eine Mehrheit der leitende Positionen im THA mit westliche Geschäftsmänner zu besetzen (Cassell 1996).

⁴² Sie wurde während diese befristete Arbeitszeit weiter von ihren westdeutschen Arbeitgebern bezahlt.

Der Einsatz von *Leihmanagern* war ein Versuch, die hohen Kosten⁴³, die mit der Arbeit der THA einhergingen, einigermaßen zu drücken. Nachdem die Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion eingeführt wurde, drückten gerade die Personalkosten der THA besonders schwer auf dem Budget. Die THA trat nämlich auch als „Arbeitgeber“ für die ungefähr 4 Millionen „Beschäftigten“ der übernommenen Betriebe auf. Der Wechselkurs von 1:1 für Löhne, Gehälter und Preise war nicht nur eine finanziell kostspielige Angelegenheit für die THA, sie verschlechterte auch generell die Konkurrenzposition der ostdeutschen Unternehmen. Drastische Sanierungen der Betriebe – mit Massenentlassungen und der Liquidation von vielen Betrieben – waren in dieser Situation nicht zu vermeiden.

„In dem Moment, als die gesamte Wirtschaft mit 1:2 tauschen konnte, trat folgendes ein: Jeder Volkseigene Betrieb musste zu 30% mit Krediten arbeiten und seine Gewinne abführen. [...] Und die Schuld wurde dann plötzlich eine Altschuld 1:2 in DM, und sie wurde dann, im Unterschied zur DDR, statt mit 1-2% Zinsen mit 8 bis 12% marktwirtschaftlichen Zinsen belegt. Und diesen Umschwung haben viele Betriebe nicht geschafft“ (Gerhard Schürer, ehemaliger Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR in einem Gespräch mit Günter Nooke (CDU)).

Als die Treuhandanstalt Ende 1994 ihre Tätigkeit abschloss, wies ihre Abschlussbilanz unter anderem 3718 liquidierte Firmen und knapp drei Millionen entlassene Arbeitnehmer auf (Tabelle 5.1).

Tabelle 5.1: Bilanz der Treuhandtätigkeit zum 31. Dezember 1994

	Anzahl	Prozent		
Zahl der Firmen	12 354	100	Nettobestand	192
vollständig privatisiert	6321	49,4	davon:	
Mehrheitlich privatisiert	225	2,3	- Auslauf-/Restgesellschaften	34
vollständig reprivatisiert	1588	12,9	- Verwaltungsgesellschaften/Güter	15
Vollständig kommunalisiert	265	2,1	- Nahezu privatisiert/reprivatisiert	65
Besitzeinweisungen	45	0,5	- noch in Bewertungsphase	13
Liquidationen	3718	27,6	- noch im Angebot	65
Nettobestand	192	5,3		

Beschäftigung und Grundbesitz

Beschäftigung in THA-Unternehmen im Juli 1990	4 100 000
Beschäftigung in THA-Unternehmen im Mai 1994	159 000
Entlassungen in Treuhandunternehmen und Ex-Treuhandunternehmen	2 952 000
Privatisierter Grundbesitz	486,8 km ²
Verpachteter Grundbesitz	12 241,0 km ²

Quelle: Czada 1995

5% des von der Treuhandanstalt privatisierten Produktionsvermögens ging an Ostdeutsche, 10% an Nicht-Deutsche (vor allem US-Firmen und westeuropäische Unternehmen) und 85% an Westdeutsche⁴⁴ (Koch 1998, S.627). Die relativ kleine Anzahl der ostdeutschen Unternehmer, die sich eine Firma aus dem DDR-Erbe kaufen konnten, lag vor allem an der vergleichsweise schlechten Kreditfähigkeit der Ostdeutschen. Diese geringe Kreditfähigkeit äußert sich durchaus auch in der geringeren Anzahl an Arbeitnehmern in Betrieben, deren Eigentümer Ostdeutsche sind. Die durchschnittliche Betriebsgröße nach Eigentumsverhältnissen des Betriebes lag bei 9 (ostdeutsch) beziehungsweise 26 (westdeutsch) und 37 (ausländisch) Personen (Schäfer & Wahse 1997, S.24).

⁴³ Die Gesamtkosten wurde 1994 von der Treuhand selber auf 343 Milliarden DM hochgerechnet (Cassell 1996).

⁴⁴ Über drei Viertel der neugegründete Betriebe in den Neue Länder befinden sich in ostdeutschem Eigentum (Schäfer & Wahse 1997, S.24).

Der Verkauf von Betriebs(teilen) an private Partner⁴⁵ erforderte fast immer die gründliche Sanierung dieser Betriebe. Die damit einhergehenden Kosten wurden zum Teil von der THA übernommen und damit durch den deutschen Staat geleistet. Mehrere Betriebe wurden, unter dem Vorwand der Arbeitsplatzsicherung, sogar zu Negativkaufpreisen verkauft⁴⁶.

Die westlichen Investoren waren meist (mittel)größere Betriebe, die die Werke im Osten als Produktionsstätten verwalteten. Durch den Schwerpunkt auf den Fertigungsbereichen der Industrie wurden im ostdeutschem Alltagsleben die Konsequenzen der Arbeit der THA öfters mit Strichwörtern wie „verlängerte Werkbank“ und „Kohlonisierung“ beschrieben.

„Da uns die Erfahrung im Kapitalismus fehlte, konnte die Treuhand – aber nicht nur die Treuhand – gute Geschäfte mit unseren Betrieben machen“ (Koordinator im Berliner Arbeitslosenzentrum).

5.2.2 Die Transformation des Handelsmarktes

Die Einführung der marktwirtschaftlichen Prinzipien in den osteuropäischen Ländern hatte zur Konsequenz, dass sehr viele Betriebe zahlungsunfähig wurden. Der im RGW-Gebiet als Verrechnungseinheit benutzte Transferrubel (XTR) wurde Ende 1990 definitiv wertlos. Mit der Einführung der DM in Ostdeutschland konnte zwar eine Hyperinflation – wie sie in anderen ehemaligen Sowjet-Satellitenstaaten gängig war, Polen hatte 1990 eine Inflationsrate von 585% – vermieden werden, jedoch war diese Politik mehr politisch als ökonomisch begründet. Die Preiserhöhung für ostdeutsche Produkte machte diese Waren im Ausland nämlich praktisch unverkäuflich (Windolf, Brinkmann & Kulke 1999, S.14). Auch die wirtschaftliche Krise der osteuropäischen Länder (oder Staatshandelsländer) hatte negative Folgen für die ostdeutsche Wirtschaft (Tabelle 5.2).

Tabelle 5.2: Ausfuhr der DDR bzw. Neuen Länder und Berlin-Ost nach Ländergruppen (Mill. DM)

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Industrialisierte Länder ¹	9404	8273	6667	6307	6914	5105	4454
Entwicklungsländer ²	3868	3415	3054	2264	2688	2115	1396
Staatshandelsländer ³	29 393	28 971	29 743	30 083	29 834	30 486	11 600

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1992, S.316

Tabelle 5.3: Einfuhr der DDR bzw. Neue Länder und Berlin-Ost nach Ländergruppen (Mill. DM)

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Industrialisierte Länder ¹	7126	7534	8624	9115	9256	5660	3935
Entwicklungsländer ²	3201	2899	2320	1869	2300	1273	691
Staatshandelsländer ³	27 737	29 518	29 628	28 572	26 944	15 404	6234

¹ Belgien, Luxemburg, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Italien, Niederlande, Portugal, Spanien, Andorra, Ceuta und Melilla, Färöer, Finnland, Gibraltar, Island, Jugoslawien (einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina) Kanarische Inseln, Malta, Norwegen, Österreich, Schweiz, Türkei, Vatikanstadt, Vereinigte Staaten, Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland.

² Afrika ohne Südafrika, Amerika ohne Vereinigte Staaten und Kanada, Asien ohne Japan und ohne Staatshandelsländer, Ozeanien ohne Neuseeland

³ Albanien, Bulgarien, Polen, (ehemalige) Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, China, (ohne Taiwan), Demokratische Volksrepublik Korea, Mongolei, Vietnam

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1992, S.316

⁴⁵ Im Abschlussstatistik der Treuhandanstalt werden die Erlöse der Privatisierungen auf 66,6 Milliarden DM berechnet. Zusätzlich konnte 211,1 Milliarden DM an Investitionszusagen übereingekommen werden (BvS 1995 in: Lüken 1998).

⁴⁶ Interessenten für die Filmfabrik Wolfen (wo vor der Wende 15 000 Menschen arbeitete) wurden bei Übernahme des Werks sogar zusätzliche 170 Millionen DM angeboten für künftige Investitionen und andere Zuschüsse (Heimbrecht 1992).

Von der gewerblichen Produktion, die am gesamtdeutschen Markt verkauft wurde, hatten die Produkte aus Ostdeutschland⁴⁷ 1996 einen Anteil von gerade einmal 5%. Beim Export war dieser Prozentsatz noch niedriger. 1995 wurde 1% des deutschen Exports in westliche Industrieländer und 9% der deutsche Exporte nach Mittel- und Osteuropa in Ostdeutschland hergestellt (DIW 1996).

Anstelle von Importen osteuropäischer Güter (Tabelle 5.3) importierte Ostdeutschland seine Produkte ab 1990 vornehmlich aus dem Westteil der Bundesrepublik. Die westdeutschen *Exportlieferungen* an Ostdeutschland stiegen in der Zeit von 1989-1994 rasant von 7,7 Milliarden im Jahr 1989 auf 21,3 Mrd. bzw. 46,7 Mrd., 63,4 Mrd., 65,0 Mrd. und 68,7 Milliarden DM in den Jahren zwischen 1990 und 1994 (Statistisches Bundesamt 1996).

Supermärkte und andere Läden wurden mit Waren aus den Alten Bundesländern gefüllt, PKWs ostdeutschen Fabrikats (Trabant und Wartburg⁴⁸) in großem Umfang gegen westliche Modelle ausgetauscht. Auch ein Fastfood-Konzern wie *McDonalds* eröffnete in der Periode von 1991-1999 199 (Franchise)-Restaurants in den Neuen Ländern (Herr Pleker, McDonalds-München), womit die Versorgung mit *McDonalds*-Restaurants auf mindestens dem gleichen Niveau liegt wie in den Alten Ländern.

„In den ersten Jahren haben wir natürlich alle erst mal Westsachen gekauft. Erstens, weil wir meinten, dass die Qualität besser war und zweitens, weil es immer weniger Ostprodukte in den Kaufhallen gab. In den neuen Supermärkten zum Beispiel wurden nur Westprodukte verkauft“ (Frau M., Chemnitz).

Nach einigen Jahren konnten mehrere alte (zeitweise verschwundene) Marken (wie Spee-Waschmittel, Vita-Cola, Rondo-Kaffee, Rotkäppchen-Sekt und Cabinet- und f6-Zigaretten⁴⁹) einen Teil des ostdeutschen Markts zurückgewinnen⁵⁰. In den Netto-Supermärkten und auch im Kaufland wird sogar farblich unterschiedlich oder mit extra Aufklebern auf dem Preisschild die Differenz zwischen Produkten aus den Neuen Bundesländern und Produkten anderer Herkunft deutlich gemacht⁵¹. Dieser Trend zur Neubewertung der „Ostprodukte“ beschränkt sich übrigens fast ausschließlich auf Lebens- und Genussmittel. Bei diesen Produkten spielt in besonderem Maße auch das subjektive Erleben eine Rolle (vgl. Lay 1997).

Den Begriff „Ostalgie“ hat beim Einkaufen damit einen besonderen Stellenwert, da durch die tagtäglichen Wahlmöglichkeiten bei den verschiedenen Lebensmitteln auch immer wieder eine mehr oder weniger bewusste Wahl zwischen Ost- und Westprodukten getroffen werden kann. *„Manchmal überlege ich ganz bewusst, was ich kaufe. Dann sind das Produkte, die ich kenne aus DDR-Zeiten, wie Spee und f6. Erstens sind sie billiger, zweitens kenne ich sie und drittens unterstütze ich damit die ostdeutschen Betriebe“* (Herr S., Chemnitz).

⁴⁷ Die Herkunft von Produkten wird hier definiert als Produkte die in ostdeutschen Betriebsstätten hergestellt werden.

⁴⁸ Der Trabant P 601 war 1988 mit 1,8 Millionen das weitaus meistverkaufte Privatfahrzeug der DDR, vor dem Wartburg 353 von dem 505 000 Exemplare verkauft wurden (Wolle 1998, S.217).

⁴⁹ Dieser Marken sind zum Teil Eigentum von größere internationale Firmen so wie Henkel (Spee) und Phillip Morris (f6). Firmen mit Hauptsitz in Ostdeutschland sind allerdings Röstfein (Rondo), Thüringer Waldquell (Vita-Cola) und Rotkäppchen (Sekt). f6 ist Marktführer auf dem Zigarettenmarkt und Vita-Cola ist die Nummer 2 im Cola-Geschäft den neuen Ländern.

⁵⁰ Sektellerei Rotkäppchen konnte 2002 sogar als eine der erste ostdeutschen Firmen zum bundesdeutschen Marktführer werden, durch einige große westdeutschen Firmen zu übernehmen.

⁵¹ Auch das Aufkommen spezialisierter Internetseiten (wie www.OssiVersand.de, www.ostversand.de, www.ostprodukteshop.de, www.Ostprodukte.de, www.Ostshops.de, und www.Ossiladen.de) sind einem klaren Indiz für die wiederbelebte Nachfrage nach Ostprodukte.

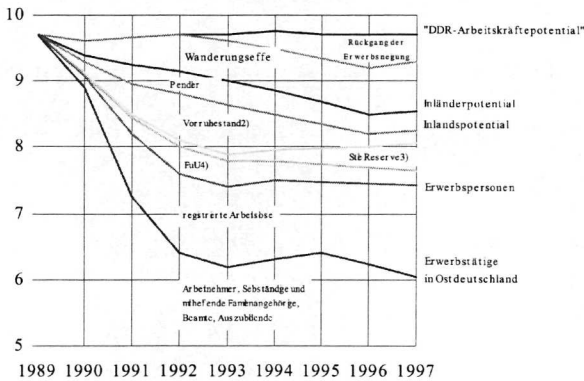
5.2.3 Das Aufkommen der Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung

Nach einer Periode von 40 Jahren, in der Arbeitslosigkeit im Grunde genommen mit politischen Mitteln erfolgreich (aber kosmetisch) bekämpft wurde, brachte die Einführung der Marktwirtschaft schlagartig den gesicherten Arbeitsplatz im Gefahr⁵². „Auf dem Weg in die Marktwirtschaft haben über 3 Millionen Ostdeutsche zunächst ihre Arbeit und darüber hinaus ihre sozio-ökonomische Orientierung verloren. 1990 war dabei das Jahr mit den gravierendsten Veränderungen für die Beschäftigten; 14% wechselten in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (ABM), 5% traten in den Vorruhe- oder Ruhestand, 8% haben gekündigt, bei 11% ist der Verbleib unbekannt, 45% sind verblieben, 17% sind arbeitslos geworden“ (Turek 1999, S.742).

Damit ging die Anzahl der ostdeutschen Erwerbstätigen⁵³ zwischen 1989 und 1993 um mehr als ein Drittel zurück⁵⁴. Obwohl sich parallel auch die Zahl der Erwerbspersonen um mehr als zwei Millionen verringerte, konnte dies nicht verhindern, dass sich eine große Gruppe von Arbeitslosen bildete (Abbildung 5.3).

Die verschiedenen wirtschaftlichen Sonderregelungen und Fördermaßnahmen, die zur Bekämpfung der ostdeutschen Arbeitslosigkeit geschaffen wurden, hatten nur bedingt Auswirkungen. Diese beschränkten sich auf eine Stabilisierung der Arbeitslosenquote in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Die

Abbildung 5.3: Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland, 1989 bis 1997
- Jahresdurchschnittbestände in Mio. -



¹ Wanderungseffekt: Summe der Wanderungssalden (Fort- und Zuzüge) von Arbeitskräften seit 1989

² Arbeitsmarktentlastung durch Vorruhestand: Empfänger von Ost-Vorruhestandsgeld (von 1990, noch von der ehemalige DDR), Altersübergangsgeld nach §249e und Arbeitslosengeldempfänger nach §105c AFG

³ Stille Reserve in engeren Sinne

⁴ FuU: Teilnehmer an Vollzeit-Maßnahmen zur Fortbildung oder Umschulung, außerdem an Deutsch-Lehrgängen, Reha-Maßnahmen sowie Leistungsempfänger nach §105a und 105b AFG

Quelle: Fuchs 1998

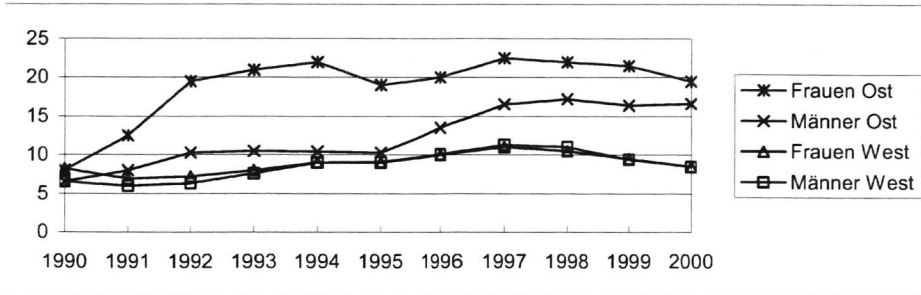
Arbeitslosenquote lag seit Anfang der 90er Jahre kontinuierlich ungefähr doppelt so hoch wie in den Alten Ländern (Abbildung 5.4).

⁵² Nur der Ausfall der Exportmärkte in Osteuropa hatte große direkte und indirekte Beschäftigungseffekte für den Ostteil Deutschlands. Diese Effekte sind nicht exakt zu beziffern, dennoch hatte der Ausfall des sowjetischen Exportmarktes allein schon den Verlust von ungefähr 600 000 Arbeitskräfte zur Folge (DIW 1991a, S.9).

⁵³ Personen, die einer – auch geringfügigen und nicht zum Lebensunterhalt ausreichenden – Tätigkeit zum Zwecke des Erwerbs nachgehen.

⁵⁴ 1989 gab es 9,7 Millionen Erwerbstätigen, 1992 nur noch 6,7 Millionen. In den Nachfolgejahren blieb die Zahl relativ stabil.

Abbildung 5.4: Entwicklung der Arbeitslosigkeit - Arbeitslosenquote* -



* Arbeitslose in Prozent der abhängig zivilen Erwerbspersonen, sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose

Quelle: Arbeitsstatistik – Jahreszahlen – Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge

Die Abbildung 5.4 zeigt außerdem, dass ostdeutsche Frauen härter als ostdeutsche Männer betroffen waren. Auch die leicht rückgängige Tendenz der Frauenarbeitslosigkeit seit 1997 ist nur bedingt als Erfolg zu bezeichnen. Die hohe Arbeitslosenquote für Frauen (im Vergleich zu westdeutschen Frauen) lag Anfang der neunziger Jahre nämlich auch an der vergleichsweise hohen Anzahl der weiblichen Erwerbspersonen. Durch die *Normalisierung* nach westdeutschen Standards entsteht hier also eine Reduzierung der Arbeitslosenquote ohne eine nennenswerte Steigerung der Erwerbstätigenzahl. Die Beschäftigungsquote ostdeutscher Frauen lag 1997 dennoch mit 58% in Ostdeutschland immer noch 10% höher als in Westdeutschland (Engelbrech & Reinberg 1997).

„Heute gibt es so eine Formulierung, die ich eigentlich sehr witzig finde und die lautet, dass die Frauen im Osten eine ungeheuer hohe ‚Erwerbsneigung‘ haben. [...] Die wollen nach wie vor ökonomisch unabhängig sein und eigenständig ihr Geld verdienen, oft mit einer verkürzten Arbeitszeit. Umfragen haben bewiesen, dass Frauen gerne in Teilzeit arbeiten würden. Sie wollen schon einen eigenen Beitrag zum Familieneinkommen leisten. Das war in der DDR so, dass die Frauen 40% der Familieneinkommen nach Hause gebracht haben. Also auch keine 50% aber 40%, aber damit kann man zu Hause auch was sagen, mehr als wenn man gar nichts nach Hause bringt“ (Arbeitssprecherin der Bündnisgrünen Fraktion Berlin).

Die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (außer der infrastrukturellen Investitionen, die man im Rahmen des so genannten *Aufbaus Ost* und mit Geldern des „*Fonds Deutscher Einheit*“ im wirtschaftlichen Bereich anstrebte) waren die Schaffung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM⁵⁵), Strukturanpassungsmaßnahmen (§249h AFG, LKZ Ost⁵⁶, bzw. SAM), Weiterbildung und Kurzarbeit. Diese Regelungen, mit denen man im Westen meist schon mehrere Jahre Erfahrung hatte, wurden nach dem Beitritt der DDR auch für die Neuen Bundesländer eingeführt. „Von den ABM über Maßnahmen nach §249h AFG bis zu den SAM OfW nimmt die Marktnähe der Maßnahmen zu. Während ABM ohne Zweifel zum sogenannten zweiten Arbeitsmarkt gehören und voll durch die Arbeitsäm-

⁵⁵ Vom Arbeitsamt geförderte befristete Beschäftigung die im öffentlichem Interesse liegt. Hauptziel der Förderung ist die Vorbereitung auf eine ungeforderte Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. „Außerdem entlasten ABM den Arbeitsmarkt schnell und unmittelbar von Arbeitslosigkeit“ (Bundesanstalt für Arbeit 1999, S.4), und sind sie hilfreich in der Modernisierung und Verbesserung von unter anderem die Infrastruktur und der Umwelt.

⁵⁶ Die seit 1993 eingesetzte Maßnahmen gemäß §249h Arbeitsförderungsgesetz (AFG) beziehungsweise der Lohnkostenzuschuss Ost (LKZ Ost) werden seit der in Krafttretung der Sozialgesetzbuch III (SGB III) am 1. April 1997 bezeichnet als Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM).

ter finanziert sind, die Maßnahmen nach §249h AFG durch Teilfinanzierung und spezifische Beschäftigungsfelder eine größere Marktnähe erreichten, beinhalten SAM OfW teilgeförderte Beschäftigung in privatwirtschaftlichen Unternehmen, das heißt Vermittlung in den freien Markt“ (Bieszcz-Kaiser, Schreiber, Kaliner, Reiser, Schaefer & Weise 1999, S.6).

In den „Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen“ (SAM OfW) werden die Voraussetzungen in Bezug auf den „*allgemeinen Nutzen*“ (wie bei ABM-Stellen) weggelassen, und den Betrieben steht im gewerblichen Bereich ein Lohnkostenzuschuss zur Verfügung, sobald sie zusätzlich einen förderungsbedürftigen arbeitslosen Arbeitnehmer⁵⁷ aus den Neuen Bundesländern oder Berlin (West) einstellen⁵⁸ (Bundesanstalt für Arbeit 2001, S.4). Mittlerweile finden durchschnittlich 5 von 100 ostdeutschen Arbeitslosen über SAM eine befristete Beschäftigung (Bach, Gommlich & Otto 2001, S.6). Qualifizierung und Arbeitserfahrung führen allerdings nur in beschränktem Maße zur einem nachhaltigen (Wieder)Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt. Sechs Monate nach Abschluss der Maßnahme waren im Jahre 2000 noch 55% der SAM-Teilnehmer (und 70% der SAM OfW-Teilnehmer) auf dem Arbeitsmarkt tätig (Bundesanstalt für Arbeit 2000).

Auch die so genannten „*Gesellschaften zur Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklung*“ (ABS-Gesellschaften) sind 1991 spezifisch für die Neuen Bundesländer entwickelt worden⁵⁹. Hier werden die Geschäftsführungen und Sachkosten der Organisation(en) hauptsächlich mittels ABM-Gelder gefördert. Außerdem ist es auch hier „anzustreben, dass aus den ABS-Gesellschaften Neugründungen von Unternehmen hervorgehen“ (Rahmenvereinbarung zur Bildung von Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung, 1991).

Im September 2001 wurden durchschnittlich 8 von 100 Arbeitslosen mittels ABM-Gelder auf dem zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt (Bach, Gommlich & Otto 2001, S.6). Das angestrebte Ziel, durch die Qualifikationschancen während der ABM-Zeit – ob in ABS-Gesellschaften oder in anderen Organisationen – auch Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu erwerben, wird dabei nur selten verwirklicht. Nur rund 39% der ABM-Teilnehmer sind sechs Monate nach Abschluss der Maßnahme nicht mehr arbeitslos, in Westdeutschland gilt dies für 61 Prozent der ABM-Teilnehmer (Bundesanstalt für Arbeit 2000).

„*Wenn du nach meinem Beruf fragst, dann sage ich, dass ich zur Zeit 'zwischen den Jobs' bin. Das Wort arbeitslos hat so einen negativen Ruf. Ich hatte aber schon mehrmals befristete Stellen als Graphikerin in verschiedenen Firmen. Ob über ABM oder anders finanziert, eine feste Stelle wurde es nie*“ (Grafikerin aus Berlin).

„*ABM ist eigentlich das Einzige, worauf man hoffen kann. Auf einen Job auf dem echten Arbeitsmarkt traue ich mich eigentlich gar nicht zu hoffen*“ (Arbeitslose Frau aus Chemnitz).

Für einige Arbeitlose wurde eine mit ABM-Geldern finanzierte Stelle auch zum befristeten Ausstiegsmodell aus der strukturellen Arbeitslosigkeit, da sie zum Beispiel wegen ihrer *systembedingten Kenntnisse* und ihres *politischen Engagements in der DDR* in der Marktwirtschaft keine entsprechende Arbeit finden konnten.

„*Beispielhaft. Er war Professor an der Uni für Historischen Materialismus, Geschichtspräsident. Er wurde 1989 abgewickelt, seitdem ist er arbeitslos. Er ist jetzt 58 und ist ein lebendes Lexikon. Also haben wir ein Projekt angelegt, über ABM, „Geschichte der Arbei-*

⁵⁷ Langzeitarbeitslosen, vermittlungsschwere Jugendliche, Behinderte und ältere Arbeitnehmer (über 50).

⁵⁸ Während der Förderungsdauer soll dabei eine berufliche Qualifizierung vorgesehen sein, und der Arbeitgeber soll die Zahl der in dem Betrieb bereits beschäftigten Arbeitnehmer aufgrund diese Anstellung nicht verringern.

⁵⁹ Öfters waren dies auch gesellschaftsrechtlichen Töchterunternehmen die aus untergegangenen Mutterunternehmen hervor kamen (Dähne 2000). Ziel dieser Gesellschaften war es vor allem um erste Renovierungen von Betrieb und Kommune durchzuführen.

terbewegung in Chemnitz“. Und da ist ABM viel besser als den Mann arbeitslos zu lassen, jetzt hat die Region davon auch was“ (Sprecher der IG Metall Chemnitz).

Mittels Subventionierung von Arbeitsplätzen (ABM und SAM) und Weiterbildung fanden 1999 in Ostdeutschland fast 500 000 Menschen eine Beschäftigung (Tabelle 5.4). Dies entspricht ungefähr 6% der Erwerbspersonen. In Westdeutschland lag dieser Prozentsatz gleichzeitig bei knapp 1% (berechnet anhand Daten des Arbeitsamtes und des Statistischen Bundesamtes).

„Der Arbeitsnachwuchs läuft größtenteils über die Arbeitsämter. Das heißt ob ABM-Maßnahmen kommen oder nicht, das liegt vor allem an der Bundesregierung, ob die Geld dafür gibt. Im Augenblick kostet die Arbeitslosigkeit in diesem Land 160 Milliarden Mark im Jahr, allein für diese Beschäftigungsprogramme im Osten (ABM und alles andere) werden ungefähr 55 Milliarden Mark im Jahr verwandt. Ohne ABM wäre die Arbeitslosigkeit noch viel, viel höher“ (DGB-Sprecher Berlin).

Tabelle 5.4: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Deutschland - 1999 - in 1000

	Früheres Bundesgebiet	Neue Bundesländer
Erwerbspersonen	32 349	8159
Erwerbstätige	29 729	6674
Arbeitslose	2756	1343
Kurzarbeit	92	27
berufliche Weiterbildung	215	143
ABM	66	168
SAM	15	180
geringfügig Beschäftigten	322	73
Vorentner/Altersteilzeit	127	94
Teilzeit, weil keine Vollzeit möglich	491	370
Pendlersaldo (geschätzt) – ohne Berlin	180	-180

Quelle: Zusammengestellt nach Daten der SFZ (2000b) und des Statistischen Bundesamtes (2000)

5.2.4 Marktwirtschaftliche Arbeitsbedingungen

Auch in Bezug auf andere arbeitsmarktpolitische Faktoren, gibt es mehrere strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West, auf die hier zunächst nur stichpunktartig eingegangen wird.

So wird bei den Verhandlungen über die Tarifverträge⁶⁰ in praktisch allen Branchen immer noch ein klarer Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Ländern gemacht. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den für spezifische Branchen (und Regionen) zuständigen Gewerkschaften und deren verwandten Arbeitsgeberverbänden⁶¹ zeigt in fast allen Bereichen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern. So liegt das durchschnittliche Tarifeinkommen im Osten bei 91,4% von dem im Westen, wobei dies je nach Tarifbranche von 61% (in der Bekleidungsindustrie) bis 100% (zum Beispiel in der Druck- und Stahlindustrie und bei den Banken) variiert (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2000, S.98-104). Diese Zahl bezieht sich allerdings nur auf die Entgeltvergütungen, also nicht auf das Urlaubs- und Weihnachtsgeld und auch nicht auf die durchaus längeren Arbeitszeiten im Ostteil der Republik. Auch durch unterschiedliche Berufsqualifizierungen und *Arbeitsjahre in der Organisation* können für tarifgebundene Arbeitnehmer die Herkunftsunterschiede ein noch erheblich größeres Ausmaß haben.

⁶⁰ Vereinbarungen über Entgelt, Arbeitsbedingungen und sonstige Leistungen, gültig für eine bestimmte Branche und ein bestimmtes Tarifgebiet.

⁶¹ Unter anderem organisiert in der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Auch im öffentlichen Dienst unterscheiden sich die Arbeitsverhältnisse zwischen Ost und West. Und zwar nicht nur zwischen den Alten und den Neuen Ländern, sondern auch noch zwischen Ost-Berlin und Ost-Deutschland (Tabelle 5.5).

Tabelle 5.5: Übersicht über Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Osten (öffentlicher Dienst) - Stand September 2000

Einrichtungen in den NBL	Arbeitszeit Arbeiter/ Angest.	Arbeitszeit (2) Beamte	erhöhter Kündigungsschutz (3) Arb./Ang.	Weihn.-geld (4) Arbeiter/ Angest.	Weihn.-geld (4) Beamte	Urlaubsgeld (5) Beamte/ Arb./Ang.	Ruhebezüge/ Pensionen Beamte	Monatseinkomm. Arbeiter/ Angest.	Monatseinkomm. Beamte (6)
Bund in Berlin und NBL	40 h	40 h	nein	65,89 %	65,89 %	500 DM	86,5 %	87,0 %	87 %
Länder/ Kommunen in Berlin (1)	40 h	40 h	nein	65,89 %	65,89 %	500 DM	86,5 %	100 %	87 %
Forschungseinrichtungen in Berlin (bundesfinanziert)	40 h	40 h	nein	65,89 %	65,89 %	500 DM	86,5 %	87,0%	-
Westen zum Vergleich	38,5 h	38,5=Bund 39,5=Berlin 40,0=Bayern	ja	87,86 %	87,86 %	650 DM höhere Einkomm.: 500 DM	normale Ruhebezüge	100 %	100 %

Anmerkungen zur Tabelle/Erstellt von der Gewerkschaft ÖTV Berlin, Stand Sept. 2000/ögg.

(1) "Kommunen" = Berliner Bezirksämter. Die Beschäftigten der Berliner Bezirksämter sind Beschäftigte des Landes.

(2) Die Arbeitszeiten der Beamtinnen und Beamten sind in den Bundesländern unterschiedlich; z.T. sogar innerhalb der Bundesländer gibt es Unterschiede - z.B. Lehrer

(3) Gemeint ist die sogenannte "Unkündbarkeit" im öffentlichen Dienst (§53 BAT).

(4) % eines Monatseinkommens (Angaben für Dezember 2000).

(5) Das Urlaubsgeld im Westen beträgt bei unteren Einkommen (Angestellte bis BAT Vc, Angestellte in der Krankenpflege bis KR VI, Beamte bis A 8) 650,- DM.

(6) Das Einkommen der Beamten hat sich ab Januar 2001 erhöht auf 88,5%, und ab Januar 2002 auf 90%

Quelle: Daten der Gewerkschaft ÖTV-Berlin (2000)

Die Einführung von Tarifverträgen nach westdeutschem Modell weist auch nach dem Umfang der betreffenden tarifgebundenen Arbeiterschaft wesentliche Unterschiede auf. Während sich im Westen 65% der Beschäftigten auf Branchentarifverträge⁶² und 8% auf Firmentarifverträge verlassen können, liegen die Vergleichswerte in den Neuen Ländern bei 46% beziehungsweise 11%. 43% der Arbeitsplätze in den Neuen Ländern sind also nicht tariflich gebunden⁶³ (IAB-Betriebspanel 2000). Für diese Unterschiede sind verschiedene Faktoren zu nennen, wie die geringe Zahl der ostdeutschen Großunternehmen, die im Durchschnitt geringere Kapitalausstattung, der hohe Anteil an Wirtschaftszweigen mit einer relativ niedrigen Produktivität (Baugewerbe, Landwirtschaft) und der geringere Umfang forschungs- und entwicklungsintensiver Branchen.

Durch die regionsspezifische Senkung der Lohnnebenkosten (unter anderem mittels SAM OfW) und Tarifunterschiede wird versucht, die Arbeitslosigkeit in den Neuen Ländern zu senken und konkurrenzfähige Betriebe zu fördern. Um den spezifischen Problemen ostdeutscher Firmen noch weiter entgegenzukommen, wird auch mit Firmentarifverträgen versucht, mehr Flexibilität in den Tarifvertrag einzuführen⁶⁴.

⁶² Zusätzlich orientieren 13% der Arbeitsplätze sich auf Tarifverträge. In den letzten Jahren nimmt die Tarifbindung von Betriebe allerdings ab. 1995 arbeitete im Westen noch 83% in tarifgebundene Verhältnisse (IAB-Betriebspanel 2000).

⁶³ Allerdings orientiert 22% dieser Gruppe sich auf die im Branche gültige Tarifverträge.

⁶⁴ Auch in Branchen und Betrieben wo keine Produktivitätsrückstände sind, werden dennoch mehr Wochenstunden gearbeitet für gleiche Entlohnung. Dies gilt zum Beispiel für Opel Eisenach, wo die Produktivität im Durchschnitt höher ist als im Westdeutsche Opel-Fabriken, der Tarifvertrag allerdings eine drei Stunden längere Arbeitswoche vorschreibt.

Auch die 630-Mark-Jobs⁶⁵ (ab 1. Januar 2002 sind dies 325 Euro-Jobs) für geringfügig Beschäftigte gehören zu dem Areal der arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen. Diese Entlohnung wurde erst 1999 in Ost- und Westdeutschland gleichgestellt. Vorher (in der Zeit von 1990-1999) wurde in den Neuen Ländern ein Höchstbetrag von 500-520 DM bezahlt, gegenüber 590-620 DM im Westen⁶⁶.

Außer den Arbeitsverhältnissen, für die der Staat bewusst Maßnahmen getroffen hat, um den Arbeitsmarkt zu fördern, sind als Folge des dichten Arbeitsmarktes auch einige weniger geförderte Arbeitsplätze entstanden. Diese unkonfessionellen Arbeitsverhältnisse kommen zustande, wenn Arbeitgeber durch Lohndumping und gegebenenfalls Schwarzarbeit billigere Arbeitskräfte anwerben. Auch durch das Anwerben von Arbeitern aus anderen EU-Ländern oder von außerhalb der Europäischen Union erhöht sich die Spannung auf dem Arbeitsmarkt, was wiederum Druck auf die Löhne und die Zugänglichkeit des Arbeitsmarktes ausübt.

Auch die individuellen Wege, um aus dieser Arbeitslosigkeit herauszukommen, führen manchmal zu schlechteren Arbeitsbedingungen. So gibt es Einzelunternehmen, die von so genannten „Scheinselbstständigen“⁶⁷ betrieben werden. Auch dieses Arbeitsverhältnis hat generell eine einkommensdrückende Wirkung, da der Selbständige für die Versicherungen und Steuerabgaben selber verantwortlich ist und nicht (länger) der Auftraggeber.

„Bei einer solch hohen Arbeitslosigkeit braucht man auch Instrumente wie Scheinselbstständigkeit. ... Ich mache mich selbständig und hänge dabei erst mal an einer Firma [...] wie muss man denn sonst ein Unternehmen aufbauen?“ (Mitglied des CDU-Stadtrats, Chemnitz).

Neben all diesen durchaus negativ bewerteten Folgen der horizontalen Inkorporation hat dies auch positive Konsequenzen mit sich gebracht. So ist die Menge der privaten und öffentlichen Gelder, die in die ostdeutsche Wirtschaft geflossen sind, in keinerlei Weise zu vergleichen mit denen in anderen post-kommunistischen (RGW)-Ländern⁶⁸. Besonders in Bezug auf die individuelle Kaufkraft machte dies, vor allem Anfang der 90er Jahre, einen großen Unterschied aus. Das Bruttosozialprodukt – korrigiert nach Kaufkraft – lag in Tschechien bei 45%, Ungarn bei 32%, der Slowakei bei 31%, Russland bei 29 % und Polen bei 25% des BNPs in Ostdeutschland (Eurostat in: Rose & Haerperfer 1996, S.12).

⁶⁵ Regelung für kurzfristige Aushilfen die versicherungsfrei beschäftigt werden können.

⁶⁶ Geringfügige Beschäftigung ist im früheren Bundesgebiet übrigens weit mehr verbreitet als in die Neuen Bundesländer. 1998 wurde die Quote der geringfügig Beschäftigte in den Alten Ländern, laut dem Betriebspanel Berlin, geschätzt auf 13%, zugleich lag die Quote für Ostdeutschland bei 4% (SFZ 1999, S.20). Der hohe Prozentsatz an geringfügige Beschäftigung in die Alten Bundesländer ist vor allem eine Folge der relativ hoher Beteiligung von Frauen, die viel öfter als in Ostdeutschland, keine Vollzeitbeschäftigung nachstreben.

⁶⁷ Der Gesetzgeber spricht von „Scheinselbstständigkeit“ als im konkreten Arbeitsverhältnis eines Selbstständigen an zwei von vier folgende Bedingungen erfüllt werden. Erstens: wenn der Selbstständige außer Familienangehörige keine pflichtversicherten Arbeitnehmer beschäftigt. Zweitens: wenn er regelmäßig und im wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig ist. Drittens: wenn er für Arbeitnehmer typische Arbeitsleistungen erbringt, insbesondere Weisungen seines Auftraggebers zu befolgen hat und in dessen Arbeitsorganisation eingegliedert ist. Viertens: wenn er nicht unternehmerisch auf dem Markt auftritt (§7 Abs. 4 SGB IV).

⁶⁸ Wie hoch die Transferzahlungen insgesamt sind, lässt sich nicht genau berechnen, weil generelle und spezifische Förderprogramme – wie auch öffentliche und private Gelder – eng mit einander verbunden sind. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie rechnete dennoch für die Periode 1991-1996 mit einem Förderbetrag von 200 Milliarden DM. Dies wäre ungefähr ein Viertel des gesamten Investitionsvolumens (IWD 1997).

5.2.5 Die strukturelle Transformation des Arbeitsmarktes

Durch die Einführung der Marktwirtschaft bildete sich ein ostdeutscher Arbeitsmarkt, der völlig andere Schwerpunkte hatte als die traditionell und ideologisch mit Industrie und Landwirtschaft verbundene DDR-Planwirtschaft. Dies brachte nicht nur Anpassungsschwierigkeiten für diejenigen, die sich organisatorisch (und damit oft auch politisch) aktiv an der Gestaltung der Planwirtschaft beteiligt hatten, veränderte aber auch die Arbeitsmarktchancen für diejenigen, die sich politisch viel weniger eingemischt hatten, aber im primären oder sekundären Sektor tätig waren. Durch die Automatisierung und Rationalisierung der westlichen Industrie und die Konkurrenz von *Billiglohnländern* konnten viele ostdeutsche Industriezweige nicht vor dem Konkurs gerettet werden. Gleichzeitig gingen auch in der Landwirtschaft viele LPG-Arbeitsplätze durch Rationalisierung und Einführung von modernen Maschinen verloren.

Im sekundären Sektor wurden Arbeitsplatzverluste in den ersten Jahren noch durch die großen Wachstumsraten in der Bauwirtschaft gedämpft. Nach der Instandsetzungs- und Neubauwelle in den ersten Nachwendejahren gingen die Baumaßnahmen Ende der neunziger Jahre dennoch schnell zurück. Durch den Eintritt in die Marktwirtschaft transformierte sich die sektorale Struktur des Arbeitsmarktes generell eher in Richtung der tertiären (Dienstleistungs)Berufe (Tabelle 5.6).

Mit der Einführung von Computern veränderten sich andererseits in praktisch allen Branchen auch die professionellen Anforderungen im Beruf tiefgreifend. Dies machte Weiterbildungs- und Umschulungskurse in diesem Bereich unentbehrlich.

„Die Veränderungen auf der Arbeit waren sehr groß. [...] Es waren alles Sachen, womit wir überhaupt keine Erfahrung hatten. Die Computer, die reingebracht wurden zum Beispiel ... keiner wusste so genau, was damit anzufangen war. Erst nach zwei Jahren haben wir dann einen Computerkurs gekriegt, die Basissachen haben wir uns selber beibringen müssen“ (Frau die als Sekretärin in einer Berliner Universität arbeitet).

Tabelle 5.6: Sektorale Struktur der Erwerbstätigkeit in neue Bundesländer und Berlin-Ost (Prozentuale Anteile)

	Primärer Sektor ¹	Sekundärer Sektor ²	Tertiärer Sektor ³
1988 ⁴	10,8	47,1	42,1
1991 ⁵	6,2	40,8	53,0
1995 ⁵	3,5	34,7	61,8
1999 ⁶	3,9	31,4	64,7

¹ Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

² Produzierendes Handwerk, Industrie und Bauwirtschaft

³ Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen, Staat und private Haushalte

⁴ Quelle: Winkler 1990

⁵ Quelle: Sachverständigenrat 1996/97, Tabelle 30, S.107

⁶ Quelle: Statistisches Bundesamt 2000

Die zuvor beschriebenen Prozesse führten zu einem Umbruch der Berufsbiographien von vielen Ostdeutschen. Gerade in den ersten Jahren nach der Wende löste dies eine verstärkte Mobilität auf dem Arbeitsmarkt aus. Letztendlich konnte nur ein Drittel der Arbeitstätigen ohne Unterbrechung auf der selben Stelle arbeiten. Ein Viertel konnte durch laterale Mobilität eine neue Arbeit finden. Acht Prozent konnten eine Arbeit aufgreifen, mussten aber Abstiege in der Position hinnehmen, und knappe 5% wussten in der neuen Situation eine Stelle zu erwerben, die einen Aufstieg in der Position mit sich brachte.

Tabelle 5.7: Merkmale der beruflichen Position der Führungskräfte in ostdeutschen Betrieben im Jahre 1995, nach Wohnort 1989

	frühere DDR (n=373)		frühere BRD (n=56)	
	absolut	In %	absolut	In %
Selbstständige	4	1,1	4	7,4
Angestellte/r der 1. Leitungsebene	47	12,9	17	31,5
Angestellte/r mit höhere Leitungsfunktion	141	38,8	27	50,0
Andere/ niedrigere Stellung	171	47,1	6	11,2
Unternehmensgröße (Beschäftigtenzahl) - Median	382		720	
Brutto-Jahreseinkommen in DM - Median	76 200		178 000	

Quelle: Windolf, Brinkmann & Kulke, 1999

Gerade für die ältere Generation war diese plötzliche Arbeitsmobilität eine besonders eingreifende Veränderung gegenüber der stabilen Situation in der DDR (Diewald & Mayer 1996, van Hasselt 2001). Eine andere Gruppe, die überdurchschnittlich getroffen wurde, waren die Un- und Angelernten. Generell galt der Regel: je höher der Abschluss, desto besser die Chancen für eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt. Auch wenn die hohe Position auf dem DDR-Arbeitsmarkt – zumindest teilweise – mit einer gewissen Loyalität im sozialistischen System einherging, resultierte dies weniger in einem Abwandern in die Arbeitslosigkeit, sondern mehr in einer absteigenden oder lateralen Arbeitsplatzmobilität (van Hasselt 2001, S.43).

Auf diesem bewegten Arbeitsmarkt konnte die politisch infizierte DDR-Gewerkschaft keine Rolle mehr spielen. In September 1990 hatte sich der FDGB demzufolge als Dachorganisation selbst aufgelöst. Entsprechende Einzelgewerkschaften konnten die im DGB vereinten Westgewerkschaften dennoch für sich nutzen, obwohl die neuen Organisationen völlig nach westdeutschem Modell geschnitten waren. Die Dachorganisation DGB und die damals größte Einzelgewerkschaft IG Metall entschieden sich absichtlich nicht für eine Fusion und bauten dagegen eine neue, eigene Struktur auf (vgl. Contenius 2000)

„Wir haben keine Mitglieder automatisch übernommen. Sie mussten alle neu eintreten. Am Anfang war die Zahl sehr hoch. Aber durch den radikalen Arbeitsplatzabbau ging auch die Mitgliedzahl zurück. Wir haben in Chemnitz 30 000 Mitglieder in der IG Metall, und davon sind 13 000 arbeitslos. Das heißt: jeder vierte registrierte Arbeitslose ist Mitglied in der IG Metall“ (Leiter der IG Metall in Chemnitz).

Das starke Wachstum und der schnelle Rückgang der Mitgliedschaft galt für praktisch alle Einzelgewerkschaften wie auch für die Dachorganisation. Der DGB wuchs von acht Millionen auf 11,8 Millionen im Jahre 1990 (ohne Übernahme der Mitgliedschaft), schrumpfte aber in wenigen Jahren auf wiederum knappe acht Millionen zurück. Dieser Rückgang (hauptsächlich in den Neuen Ländern) lag dabei nicht nur an den steigenden Arbeitslosenzahlen, sondern auch an den enttäuschten Erwartungen in Bezug auf die Macht der (westlichen) Gewerkschaft (Contenius 2000).

„Auch die Rolle der Gewerkschaften war aus Sicht der Beschäftigten anfangs unklar. Der FDGB war natürlich in DDR-Zeiten etwas ganz anderes. Man hatte viel zu viel Erwartungen an die Gewerkschaften, die sollen es für mich regeln. Da mangelt es immer noch an Initiative. Aber das ist generell, auch in Westdeutschland und Holland“ (Leiter der IG Metall in Chemnitz).

5.3 Die veränderte Arbeitsmarktposition der Ostdeutschen und deren ethnoregionale mobilisierende Wirkung

Nach dieser Aufzählung verschiedener Transformationen und Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, kann versucht werden, die Frage nach der Integration der Ostdeutschen in (gesellschaftlich führenden) Arbeitsmarktpositionen zu beantworten und zu recherchieren, welche Konsequenzen dies für die territoriale Identität und die *Minderheitsentwicklung* der ostdeutschen ethnoregionalen Gruppe hatte.

Durch die ungleiche Verteilung der Ressource „*Devisen*“ wurde der *Aufbau Ost* Anlass für eine „*cultural division of labour*“, in der Außenseiter – in diesem Falle westdeutsche und in geringem Maße ausländische Investoren – nicht nur in der Lage waren, DDR-Betriebe zu übernehmen, sondern auch führende Positionen in diesen Betriebe zu übernehmen. Zeitgleich mit diesem Einmarsch westdeutscher Manager fand eine großzügige Wanderungswelle ostdeutscher Arbeitskräfte in die Alten Bundesländer statt. Dieser *Austausch* von Arbeitskräften folgte also einem Schema, das in seinen Umrissen dem Prozess der „*internen Kolonisati-on*“ entsprach und damit auch die Charakterzüge eines Prozesses der Minderheitsbildung in sich trug. Durch die Wahrnehmung der unterschiedlichen Chancen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt könnte sich folgedessen die Dichotomie zwischen Ost- und Westdeutschen vertiefen.

Anhand der westlichen Investitionen in den Neuen Ländern wäre allerdings auch die Gelegenheit für eine „*nationale Entwicklung*“ gegeben. Dennoch sollte hierfür die ethnoregionale Herkunft als mitbestimmender Faktor auf dem Arbeitsmarkt mit der Zeit verschwinden. Bislang hat eine solche Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West – auch wegen der unterschiedlichen Produktivität – allerdings noch nicht stattgefunden. So werden bei den Tarifverträgen die Unterschiede des Einkommens und der Arbeitsbedingungen in vielen Branchen weiterhin explizit nach Ost und West aufgeteilt. Auch die quantitative Beteiligung am Arbeitsmarkt weist, wie schon vorher gezeigt, eine eindeutige Zweiteilung in *Ost* und *West*, ohne Trendbruch in den letzten Jahren, auf.

Für Arbeitslose und sonstige „*Unterstützungsempfänger*“ wurden mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion dennoch annähernd vergleichbare Verhältnisse geschaffen. Die ursprünglich in Westdeutschland geltenden Renten-, Sozial- und Arbeitslosenversicherungen wurden in Ostdeutschland nämlich flächendeckend eingeführt.

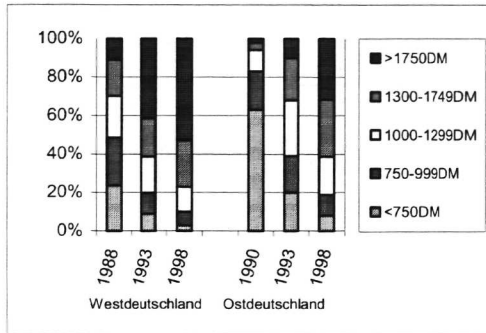
Trotz der steigenden Arbeitslosenzahlen und der damit zusammenhängenden steigenden Zahl der Unterstützungsempfänger stieg das durchschnittliche Wohlstandsniveau der Ostdeutschen im ersten Jahrzehnt nach der Wende sprunghaft. Die individuellen Nettolöhne stiegen von 764 Ost-Mark 1990⁶⁹ auf 1784 DM im Jahre 2000 (SFZ 2000b). Zwar stiegen gleichzeitig auch die Preise der Produkte⁷⁰, dennoch ist die absolute Steigerung des materiellen Lebensstandards⁷¹ und die qualitative Verbesserung des Konsum- und Dienstleistungsangebots unbestreitbar.

⁶⁹ In 1991 betrug das Nettoeinkommen 980 DM.

⁷⁰ Der Preisindex für die Lebenshaltung in den Neuen Bundesländer stieg von 1991 (100) bis Juni 1998 auf 140,8 (alte Bundesländer 117,4) (SFZ 1998, S.46).

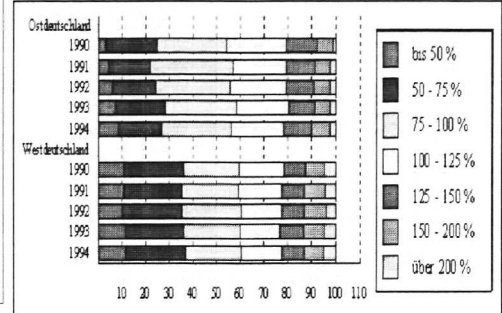
⁷¹ Die Bruttoeinkommen pro Kopf stiegen von 1991 bis zum 1. Halbjahr 1995 um 83,5% (vgl. West 10,6%) und die Haushaltsnettoeinkommen immerhin um 60% (West 10,6%) (Hauser u.a. 1996).

Abbildung 5.5: Entwicklung der Äquivalenzeinkommensgruppen in West- und Ostdeutschland



Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe des Bedarfsgewichtes. Dabei richtet sich das Bedarfsgewicht nach der Gesamtzahl und dem Alter der Haushaltsmitglieder, diese Gewichte orientieren sich an den Sozialhilferegelsätzen. (Der Haushaltvorstand erhält ein Gewicht von 1; andere Personen ab 22 Jahre erhalten ein Gewicht von 0,8 etc.)
Quelle: Wohlfahrtssurvey WZB/ZUMA

Abbildung 5.6: Verteilung aller Personen auf Wohlstandspositionsklassen in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1994 in % (Wohlstandsklasse = Nettoeinkommen in Bezug auf ost- bzw. westdeutschen Durchschnitt)



Quelle: GSOEP Ost und West 1990 – 1994
In: Hauser u.a. (1996)

Die Einkommensstruktur hat sich dabei seit 1990 in den Neuen Ländern zunehmend ausdifferenziert, wobei sie im Vergleich zu den Alten Bundesländern bislang immer noch weniger ausgeprägt blieb (Abbildungen 5.5 und 5.6).

Integration hat allerdings nicht nur eine quantitative Seite. Auch qualitativ – also dem eher inhaltlichen Beitrag zur Gesellschaft – spiegelt sich die Integration einer ethnoregionalen Gruppe wider. Das zurückgehende Ausmaß an institutionellem Pluralismus, bei dem so viele DDR-Institutionen durch bundesdeutschen ersetzt wurden, wurde von vielen als ein logischer und unvermeidlicher Schritt im *Wiedervereinigungsprozess* angesehen. Gleich in den ersten Nachwendejahren fand die Aufhebung der meisten *Ost-Institutionen* (oder die Integrierung dieser Institutionen in bundesdeutsche Strukturen) statt. Unter der ostdeutschen Bevölkerung kam dabei wenig Widerstand auf. Auch die Beschäftigten in den einzelnen Betrieben waren anfangs meist enthusiastisch gegenüber westlichen Investoren, die ihren Betrieb kauften und die Arbeitsplätze erhalten wollten.

Nach der Euphoriephase der Wende (Wagner 1999), in der viele Ostdeutsche ein starkes Vertrauen in die Solidarität der westlichen *Brüder* und *Schwester*n hatten, kam eine Periode, in der nicht nur das Phänomen Arbeitslosigkeit aufkam, sondern auch die selektive Integration der westlichen Brüder – manchmal auch mit nicht so erfolgreichen Investitionen – auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt sichtbar wurde.

Diese Umstände veränderten die Stimmung im Lande, besonders auch in Bezug auf die Identifizierung und die Bewertung des Gesellschaftssystems. Die 6% der Ostdeutschen, die laut Sozialreport des SFZ Berlin-Brandenburg die DDR am liebsten wiederhaben wollten, liegen demzufolge überdurchschnittlich bei den sozial Schwächeren, die sich durch Qualifikation, Erwerbsstatus und sozialen Status in negativem Sinne vom Durchschnitt unterscheiden (Tabelle 5.8).

Tabelle 5.8: Struktur der Systemzuordnung - 2000 - Neue Bundesländer - in Prozent

	Fühlen sich als richtige Bundesbür- ger	Möchten am liebsten die DDR wiederhaben	Weder/noch	Weiß nicht/ohne Antwort
Gesamt	21	6	65	8
Geschlecht				
Frauen	20	6	66	8
Männer	23	6	63	8
Qualifikation				
Ohne Abschluss	17	3	68	12
Facharbeiter	22	7	64	7
Fach-/Hochschulabschluss	22	4	68	7
Erwerbsstatus				
Erwerbstätig	28	3	61	8
ABM	17	9	68	5
Arbeitslos	12	17	67	4
Sonstiges	35	2	50	14
Sozialer Status				
Arbeiter	16	9	66	9
Angestellte	22	4	66	7
Beamte	25	0	69	6
Selbstständige/Freischaffende/ mithelfende Familienangehörige	35	4	58	3

Quelle: SFZ 2000b

„Für mich persönlich hat die Wende nichts Gutes gebracht. Früher hatte ich Kollegen, da wurde ich ernst genommen. Heutzutage habe ich als Schwerbehinderter überhaupt keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt. Die Solidarität in der Gesellschaft ist völlig verschwunden. Jeder für sich in einer Ellbogengesellschaft. Dann bleibt von einer Loyalität zur Bundesrepublik wenig übrig“ (35-jähriger schwerbehinderte Mann aus Berlin).

Das Wohlbefinden in der Gesellschaft wird, sicher auch in Ostdeutschland, in hohem Maße über den Arbeitsplatz definiert. Die veränderten Arbeitsmarktbedingungen haben damit bei vielen für eine veränderte Haltung gegenüber der Gesellschaft gesorgt. Das Wegfallen des gesicherten Arbeitsplatzes hat zu einer zunehmenden Individualisierung geführt, bei der eine große Fähigkeit zur Selbsthilfe gefragt ist. Bei Menschen, die in diesem Prozess weniger erfolgreich waren, ist demzufolge öfters eine desillusionierte Stimmung vorfindbar.

„Wenn es überhaupt nach 1989 in Ostdeutschland eine heftige Veränderung gegeben hat, dann ist es das emotionale Wissen 'ich werde nicht gebraucht' und die gesellschaftliche Lüge, dass dies nicht offen verhandelt wird. [...] Und wenn ich noch gebraucht werde, dann ist es nur als Konsument“ (Pfarrer Wild aus Chemnitz).

„Um als Arbeitsloser im alten Freudenkreis bestehen zu können (die, die noch Arbeit haben), braucht man doch ein vielfaches an Energie, um mithalten zu können. Nicht nur materiell, aber auch im ganzen 'sich geben', sich 'nicht minderwertig fühlen', um mithalten zu können“ (Mitarbeiter des Bürgerhauses in Chemnitz).

Nach dieser auf dem Arbeitsmarkt bezogenen Analyse der Ostdeutschen als ethnoregionale Kollektivität bleibt die Frage nach der Vielfalt je nach geographischer Lage innerhalb der ehemaligen DDR. Die Folgen für die landwirtschaftlich geprägten Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern sind wahrscheinlich anders als die Prozesse in einer industriellen Hochburg wie Eisenach, der Elbresidenz Dresden oder der Hauptstadt Berlin. In den nächsten Abschnitten werden die Folgen der wirtschaftlichen Transformation in den lokalen Kontexten von Berlin und Chemnitz im Mittelpunkt stehen und auf ihre Konsequenzen für die ethnoregionale Identität hin analysiert.

5.4 Berlin

Die wirtschaftliche Lage in Berlin (Ost) wurde bis 1990 von der Funktion als Hauptstadt der DDR geprägt. Die Präsenz des Staatsrates, der Volkskammer (im Palast der Republik) und der Ministerien, aber auch der Zentralen der Massenorganisationen, der obersten Gremien der Parteien sowie von Verlagen und Redaktionen drückte sich darin aus, dass von den 697 070 Ostberliner Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) 1989 63,8% im *tertiären Sektor* tätig waren. Der Vergleichswert für die gesamte DDR lag 1989 bei 42,3%. Der sekundäre und primäre Sektor waren dagegen mit 35,0% beziehungsweise 1,1% untervertreten (der Durchschnitt für die gesamte DDR lag bei 47,0% bzw. 10,8%) (Müller & Sabov 1995). Trotz des umfangreichen Dienstleistungssektors war Ostberlin auch eines der industriellen Zentren der DDR, hier wurde etwas mehr als 5% der Bruttoproduktion der Industrie erwirtschaftet. Wichtige Branchen waren vor allem Elektrotechnik/Elektronik¹ sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau (vgl. Scherf & Viehrig 1995).

Die Stadt bildete das Sammelbecken für die politische, künstlerische und intellektuelle Elite der DDR. Die intellektuelle *Klasse* bestand dabei, außer der großen Gruppe der an den Staatsapparat gebundenen Personen, auch aus einigen (miteinander verknüpften) Kreisen von Kritikern des staatssozialistischen Systems. Berühmte Merkmale der kritischen Berliner *Szene* waren die Künstler- und Schriftstellergruppe am Prenzlauer Berg², das „*Festival des politischen Liedes*“, mehrere *kirchliche Initiativen* und die so genannte „*Umweltbibliothek*“. Wie auch anderswo mussten diese Szenen ihre Kritik, wegen der allorts anwesenden Drohung des Staatssicherheitsdiensts meist verdeckt kenntlich machen. Einige Gruppen und Zeitschriften – wie die vorher genannte „*Prenzlauer Berg-Connection*“ und die Zeitschriften „*Sklaven*“ und „*Umweltblätter*“ – wurden für längere Zeit vom MfS geduldet beziehungsweise nicht entdeckt.

Auch die geographische Nähe zu Berlin-West sorgte in Berlin-Ost für eine zusätzliche Fokussierung auf die tertiären und repräsentativen Funktionen. Berlin-Ost wurde in manchen Bereichen auch überdurchschnittlich mit Produkten und Dienstleistungen versorgt. Dies wurde einerseits sichtbar an Prestigeobjekten wie dem Fernsehturm oder dem Palast der Republik, andererseits wurde die Stadt im Vergleich zu anderen Städten der DDR auch besser mit Gütern und Einrichtungen versorgt. So war das „*Centrum-Warenhaus*“ auf dem Alexanderplatz das bestsortierte Einkaufszentrum der DDR und auch die Ausstattung mit Theatern und Sporteinrichtungen war einmalig³. Bei der Versorgung mit Konsumgütern und Esswaren war Berlin-Ost ebenso die *'gleichberechtigte'* Stadt der DDR.

„*Die Berliner hatten es immer besser als wir. Wenn es zum Beispiel Bananen gab, dann waren die zuerst in Berlin. Ein Berliner Onkel musste dann auch immer solche Sachen mitbringen, wenn er hier zu Besuch kam. Ich kann mich noch gut erinnern, wie besonders so eine Banane damals war. Dafür haben wir die Berliner wirklich beneidet*“ (junge Frau aus Chemnitz).

¹ Größere Kombinate waren unter anderem die Automatisierungsanlagenbau (28 000 Beschäftigte), Elektroapparatewerke „*Friedrich Ebert*“ (33 000), Kabelwerke Oberspree „*Wilhelm Pieck*“ (17 000) und der Glühlampenfabrik Narva „*Rosa Luxemburg*“ (15 000) (Zimmermann u. a., S.346).

² Diese Künstler-Szene konzentrierte sich rund Menschen wie Stefan Döring, Adolf Endler, Bert Papenfuß-Gorek, Jan Faktor, Rainer Schedlinski und Sascha Anderson (die beide Letzten wurden nach der Wende enttarnt als Inoffizielle Mitarbeitern des MfS).

³ Ähnliches galt für Berlin-West, dass als Frontierstadt und „*Schaufenster der Freien Welt*“ auch eine besondere Status hatte und folglich mit besondere Zuweisungen aus *Westdeutschland* subventioniert wurde. Außerdem trug der Bund die Hälfte der Westberliner Landeshaushalt und konnten die einzelne Einwohner Westberlins Anspruch erheben auf Steuervergünstigungen (Berlin-Zuschlag) für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (8% des Einkommens). Die gesamte Bundeshilfe belief im Jahre 1989 rund 12,5 Milliarden DM (Fröhlich 1996).

5.4.1 Veränderungen der Wirtschaftsstruktur

Da die Transformationen der DDR-Wirtschaft für die Erwerbstätigkeit im primären und sekundären Sektor (rein zahlenmäßig) viel gravierender als im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor waren, hatten die Einwohner Ostberlins relativ gute Chancen, ihre beruflichen Qualifikationen in gleichen oder naheliegenden Tätigkeiten anzuwenden. Zwar wurden praktisch alle DDR-Institutionen aufgelöst, verschiedene Funktionen, für die diese Organisationen verantwortlich waren wurden aber in neuen oder reformierten Institutionen weitergeführt (meistens als regionale Abteilungen von bundesweit operierenden Firmen oder Organisationen⁴).

Die Öffnung der Berliner Mauer bedeutete andererseits auch eine Vereinigung des Berliner Arbeitsmarktes. Da sich auch der Westberliner Arbeitsmarkt auf den Dienstleistungssektor konzentrierte, führte das Zusammenlegen dieser Organisationen zu Maßvorteilen für Betriebe und Institutionen und damit zunächst zu einer Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Der plötzliche Wegfall der Mauer und die Einführung der Marktwirtschaft hatten für die Ostberliner Industriezweige ähnliche Folgen wie für die übrigen Neuen Bundesländer⁵. Auch die Westberliner Fabriken hatten, wenn auch ein paar Jahre später (etwa 1994), mit groß angelegten Reorganisationen und Massenentlassungen zu tun. Sie wurden damit Opfer des Wegfalls der „Berlinzuweisungen“ vom Bund⁶ und der zunehmenden Standortkonkurrenz von außerhalb der ehemals ummauerten Stadt. In Brandenburg entwickelten sich nämlich neue Industriegelände, die in ihrer Modernität konkurrenzfähiger als die Gelände innerhalb des alten Westberlins waren.

Während Berlin-West und Berlin-Ost 1989 jeweils annähernd 200 000 Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe zählten, waren diese Zahlen 1994 schon auf 164 000 beziehungsweise 55 000 gesunken. 1997 verblieben in ganz Berlin noch 123 000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe (Hoffmann 1998, S.160). Im Zeitabschnitt von 1991 bis 1999 halbierte sich damit nicht nur die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe, auch die Zahl der in Berlin ansässigen Industriebetriebe verringerte sich um ein Drittel. Von diesen Betrieben war ungefähr ein Viertel in Ostberlin ansässig (Statistisches Landesamt Berlin 2000a, S.41 ff.).

Die 26,7% der verarbeitenden Betriebe, die 1999 ihren Standort in Berlin-Ost hatten, beschäftigten insgesamt 16,1% der in diesem Sektor Tätigen und erwirtschafteten 9,5% des Umsatzes des gesamten verarbeitenden Gewerbes in Berlin. Im Westteil der Stadt hatten sich damit nicht nur die größten Industrierwerke konsolidiert, auch die Investitionstätigkeiten wurden nach wie vor vorwiegend im Westteil der Stadt getätigt⁷ (ibid.).

Im Dienstleistungssektor führten die Vereinigung der beiden Stadthälften, die Wahl zur Hauptstadt der Bundesrepublik sowie der Umzug der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates zur einem Heranziehen von vielen, mit dem Staatsapparat verbundenen, Organisationen, Verbänden und Firmen. Die zunehmende Präsenz von Zentral- und Regionalverwaltungen, Firmengeschäftsstellen, Zweigniederlassungen und Botschaften führte

⁴ Als Beispiele könnte man verweisen auf die „Supermärkte“ die Filiale eröffnete in ehemalige „Kaufhalle“ und die Fusion oder Neuaufbau von unter anderem Sportverbände, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Typische DDR-Institutionen die verschwanden (beziehungsweise marginalisierten) waren unter anderem die Schiedskommissionen und die Jugendorganisation (FDJ).

⁵ Einige der Ostberliner Kombinate die verloren gingen waren unter anderem BOS-Fernsehröhre, Kabelwerk-Spree und der Elektro-Apparatewerke Berlin-Treptow.

⁶ 1994 wurde diese explizite „Berlinhilfe“ eingestellt. Ab 1995 wurde (ganz) Berlin dann im Länderfinanzausgleich integriert woraus sie 1996 etwa 3,7 Mrd. empfing (Fröhlich 1996, S.49).

⁷ 89,6% der Berliner Investitionstätigkeiten in der Industrie wurden 1998 im Westteil der Stadt ausgegeben.

damit zur einem nachdrücklichen Anstich in der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins⁸. So wurde Berlin Anfang der 90er Jahre zum „Immobilienmarkt Nr. 1“ für Deutschland, besonders auf dem Büroflächenmarkt. Investoren prophezeiten Berlin große Standortvorteile und präsentierten die Stadt als die zentrale Drehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa (Ost-West-Metropole). Die Senatverwaltung der Stadt Berlin rechnete in Reaktion auf diese Entwicklungen im Jahre 1994 mit einem Bürobedarf von 11 Millionen Quadratmetern bis zum Jahre 2010. Dies würde fast eine Verdopplung des bestehenden Areals bedeuten (Gewand 1996). Dennoch wurde knapp die Hälfte der Büro Neubauten wegen fehlender Nachfrage bislang nicht ausgeführt, und 9,5% des gesamten Büroflächenbestands stehen leer (Bank Gesellschaft Berlin 2000).

Auch für den Wohnungsmarkt wurde Anfang der 90er Jahre in Berlin ein großer Zuwachs prophezeit, dies in Zusammenhang mit der geopolitischen und wirtschaftlichen Schwerpunktverlegung. Der Rückgang der Einwohnerzahl um 8000 in der Periode 1990-1997 entsprach dann auch nicht den Erwartungen. Statt einem Anstieg auf 5 Millionen Einwohner in der Stadt und knapp 10 Millionen in der Region, wohnten 1997 3,43 Millionen in der Stadt und 4,28 Millionen in der Region (Schulz 2000, S.224).

Der Bauwirtschaft konnte, trotz dieser enttäuschenden Wachstumsraten, Anfang der 90er Jahre einen sehr schnellen Anstieg erwirken. Die massiven Bürobauaktivitäten – und auch der Ausbau und die Instandsetzung des Wohnungsmarktes – führten zu einem schnellen Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft. Zusammen beliefen sich die Anlageinvestitionen im Berliner Wirtschaftsraum im Zeitraum zwischen 1991 und 1996 auf rund 167 Milliarden DM (Statistisches Landesamt Berlin 1999). Das Bauhauptgewerbe beschäftigte damit 1992 über 63 000 Arbeitnehmer, wovon ein Drittel aus dem Ostteil der Stadt stammten. Nach dem Bauboom ging die Beschäftigtenzahl in der Bauwirtschaft und im Wohnungswesen von 46 000 im Jahre 1997 bis auf 30 000 im Jahre 2000 zurück⁹ (Daten des Statistisches Landesamt Berlin [online]).

Trotz der Transformation des Berliner Arbeitsmarktes und der Aufhebung der Sonderlage Berlins unterscheidet sich dieser auch heutzutage noch vom Durchschnitt der restlichen Bundesrepublik (Abbildung 5.7). So hat der Arbeitsmarkt sowohl in den Alten wie in den Neuen Bundesländern substantiell größere industrielle Schwerpunkte. Dieser Unterschied ist weitestgehend mit der (Landes- und Bundes)Hauptstadtfunktion der Stadt erklärbar, die nicht nur die Beschäftigung im staatlichen Dienstleistungsgefüge zugänglicher macht, sondern auch die private Dienstleistung, wie Einzelhandel und Kulturangebot, ankurbelt¹⁰.

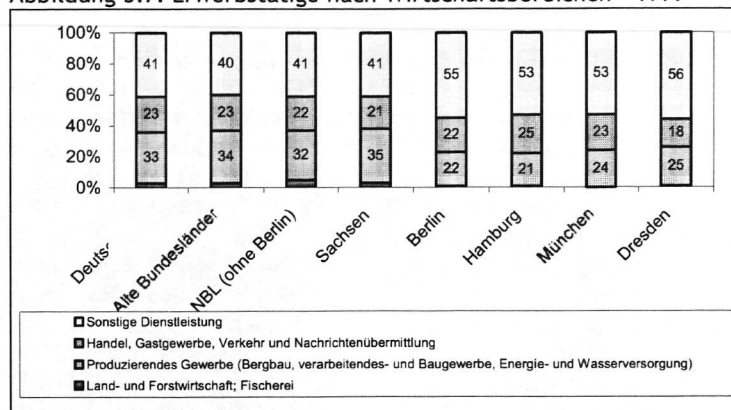
Außerdem konkurrieren die Großstädte miteinander, um die größeren und meist prestigeträchtigeren (Dienstleistungs-)Firmen und Branchen an sich zu ziehen. *„Es ist ein großer Kampf der Standorte. Im Medienbereich zum Beispiel ist Köln ein Medienstandort, München ist ein Medienstandort, Hamburg ist ein Medienstandort, und Potsdam-Berlin ist immer ein Medienstandort gewesen und will wieder anknüpfen. Das ist ein sehr harter Konkurrenzkampf“* (Sprecher des DGB-Berlin).

⁸ Unternehmen die ihre Präsenz in Berlin ausgebaut haben und mit ihre Bürohäuser eine neue Atmosphäre brachten sind unter anderem debis, DIHT (Deutsche Industrie- und Handelstag), Sony, Dresdner Bank, Deutsche Telekom, und verschiedene Fernsehsender (wie ARD, ZDF, SAT.1 und N-TV), Zeitungsfirmen (wie FAZ, taz, WELT, SZ, FR) und Magazine (unter anderem FOCUS, der Spiegel und Eulenspiegel).

⁹ Die Ziffern im Baugewerbe sind aber nicht sehr zuverlässig, da hier auch viel illegale Arbeitskräfte aus sogenannte MOE-Staaten (Staaten Mittel- und Osteuropas) tätig sind. Diese Schwarzarbeiter werden in den amtlichen Daten nicht genannt. Ihren Anteil im baulichen Gewerbe wird auf 10% geschätzt (Duhme 1997).

¹⁰ Auch andere Landeshauptstädte wie München, Hamburg oder Dresden haben vergleichsweise starke Schwerpunkte im öffentliche und private Dienstleistungsbereiche.

Abbildung 5.7: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen - 1999



Sonstige Dienstleistung = Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen, Öffentliche Verwaltung, Öffentliche und private Dienstleistungen
 Quelle: Statistisches Bundesamt 1999

Die wirtschaftliche Entwicklung Berlins wurde nach dem Mauerfall also wesentlich optimistischer eingeschätzt als sie letztendlich gekommen ist – und der Weg der wirtschaftlichen Transformation war auch viel komplizierter als gedacht (Schulz 2000, S.232). Eindeutig wahrnehmbar ist allerdings die Entwicklung des Dienstleistungssektors. Ostberlin hat mit 52% Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor sogar den höchsten Dienstleistungsanteil in allen Bundesländern (IWD 1999). Insgesamt wuchs das reale BIP Ostberlins – im Verhältnis zu Westberlin – von 18,4% im Jahre 1991 auf 25,5% 1998¹¹ (Daten des Statistischen Landesamtes Berlin). Die steigenden BIP-Daten – die allerdings im Vergleich zu den anderen Alten und besonders den Neuen Bundesländern relativ niedrig waren¹² – konnten das Ansteigen der Arbeitslosigkeit aber nicht verhindern.

5.4.2 Die Bedingungen des Berliner Arbeitsmarktes

Durch die direkte Angrenzung der zwei Stadthälften auf vergleichsweise kleinem Raum sind die Möglichkeiten für Arbeitspendler zwischen Ost- und Westberlin wesentlich größer als bei den Flächenländern. Schon in den ersten anderthalb Jahren nach dem Mauerfall entwickelte sich eine massive Pendlerbewegung in Richtung Westberlin (101 000 Arbeitspendler). Von allen Arbeitspendlern aus Ostdeutschland kam fast ein Viertel aus Ostberlin (IAB-Kurzbericht 1991). Dass der Berliner Raum, gerade für die in Ostberlin Ansässigen, auch Jahre später noch als ein gesamtes Arbeitseinzugsgebiet gilt (mit fast doppelt soviel Arbeitsplätzen im Westteil) wird deutlich, wenn man sieht, dass 147 500 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ostberliner in der westlichen Stadthälfte eine Arbeit haben (Statistisches Landesamt Berlin 1998). Andersherum arbeiteten 1997 38 800 Westberliner in den östliche

¹¹ Nur bis 1999 wurden die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) getrennt für Ost und West dargestellt. Seitdem wird nur noch das Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) veröffentlicht, ohne Trennung nach Ost und West.

¹² Die Berliner Wirtschaft war sogar mehrere Jahre das wirtschaftliche Schlusslicht der Bundesländer (Statistisches Landesamt Berlin 2000b)

Bezirken¹³ (Ibid.). Die Anzahl der Ostberliner Arbeitspendler liegt damit sogar höher als die Zahl der Arbeitslosen in Ostberlin¹⁴.

Dass so viele hin und her pendeln, und das bei einem entspannten Berliner Wohnungsmarkt, ist auffällig. Durch einen Umzug in die andere Stadthälfte könnte die Reisezeit zwischen Arbeits- und Wohnort nämlich durchaus verkürzt werden. Außer in den Zentrumsbezirken Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain hat sich die ethnoregionale Zusammensetzung in den jeweiligen Ost-Bezirken dennoch nicht großartig geändert. Der physische Kontakt zwischen Ost- und Westdeutschen wurde durch die Pendlerbewegungen (und den West-Ost-Umzug in die Zentrumsbezirke) allerdings vorprogrammiert.

Dass die Ostberliner einen bedeutenden Faktor auf dem Gesamtberliner Arbeitsmarkt bilden, zeigt sich auch aus einem Vergleich der Arbeitslosenquoten in beiden Stadthälften. Diese Quote liegt in den östlichen Bezirken im Durchschnitt nämlich niedriger als in den westlichen Bezirken¹⁵.

„Unterschiede zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt gibt es da eigentlich nicht, das ist vollkommen gleich. Klarzukommen mit Arbeitslosigkeit und all ihren Problemen ist für Ostdeutsche auch eben so schwer wie für Westdeutsche. Was macht man dann den ganzen Tag so alles und solche Sachen. [...] Die ehemaligen Ostdeutschen haben es vielleicht ein bisschen schwerer, mit der Arbeitslosigkeit klar zu kommen, weil es in der ehemaligen DDR keine Arbeitslosigkeit gab. Und wenn sie dann nach der Wende damit konfrontiert wurden, dann fiel damit eine Welt für sie zusammen. Und das Zweite, mit Behörden umzugehen, das war der DDR-Bürger auch nicht gewohnt. Das wurde alles für ihn gemacht, und jetzt muss er in jedem Fach einen Antrag stellen, mit komplizierten Fragen, und das fiel dem Ostdeutschen doch schon schwer, obwohl er das jetzt gelernt hat“ (Leiter des Arbeitslosenzentrums in Prenzlauer Berg, Berlin).

Nun stellt sich aber die Frage, ob dieser (vereinte) Arbeitsmarkt in Bezug auf das Erwerben einer bestimmten Arbeit diskriminierend ist und ob die ethnoregionale Herkunft zu unterschiedlichen Arbeitsmarktchancen führt. Für die Bundesanstalt für Arbeit – das Arbeitsamt – gelten ab 1998 in beiden Stadthälften die gleichen Regelungen in Bezug auf die Lohnkostenzuschüsse. Dennoch finden die von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM, SAM [§249h AFG], berufliche Weiterbildung, Kurzarbeit und Jugendsofortprogramm) in den östlichen Bezirken weit mehr Zulauf als im Westen. 13% der Ostberliner arbeiteten 1998 mit einem befristeten Arbeitsvertrag, wobei 41% dieser Stellen öffentlich gefördert wurden. Zum Vergleich: in Westberlin werden 4% der befristeten Arbeitsstellen (die 10% der gesamten Arbeitsverhältnisse ausmachen) öffentlich gefördert (SFZ 1999, S.24).

Für den Abbau der so genannten „Berliner Tarifmauer“ in der staatlichen Verwaltung (beschrieben in Tabelle 5.5) – und sicher auch in der privaten Marktwirtschaft, wo die Tarifbindung weniger obligatorisch ist – haben die Branchengewerkschaften in den neunziger Jahren hart gekämpft. Sie haben mittels Verhandlungen mit Tarifparteien erreicht, dass sich die Tariflöhne in etlichen Branchen tatsächlich angeglichen haben. Dennoch weisen die Berliner Tarifverhandlungen auch im Jahre 2000 durchaus noch Differenzen zwischen dem Ost- und dem Westteil der Stadt auf. Dies kommt besonders bei den Arbeitsbedingungen zum Ausdruck (unter anderem Arbeitszeit, Urlaubsdauer, Urlaubsgeld). Die durchschnittliche Arbeitszeit in Ostberlin liegt für 33% der Männer bei über 41 Stunden (Westberlin 28%). Für

¹³ 146 000 Menschen pendelten für ihre Arbeit in die Stadt hinein (vorwiegend aus Brandenburg), und 93 000 Berliner fanden ihren Arbeitsplatz außerhalb der Stadtgrenzen (Statistisches Landesamt Berlin 1998).

¹⁴ Die östlichen Bezirke (inklusive die neuen Ost-West-Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg) haben insgesamt 140 521 Arbeitslosen (Daten des Statistisches Landesamtes Berlin, Februar 2002).

¹⁵ Die Bezirke Kreuzberg, Wedding, Neukölln und Tiergarten haben wesentlich höhere Arbeitslosenquote als je welchem Bezirk im Ostteil der Stadt (Senatverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen 2000).

Frauen besteht der Unterschied bei 12%, die über 41 Wochenstunden arbeiten (im Osten) beziehungsweise 7% (im Westen) (SFZ 1999, S.25).

Zwischen Ost- und Westberlin differieren nicht nur die Arbeitsbedingungen, auch bei der Tarifbindung der Betriebe (dem Grad der tariflich gebundenen Betriebe) gibt es Unterschiede in den beiden Stadthälften. Im Ostteil binden sich 29% der Betriebe (mit 68% der Beschäftigten) an die Inhalte der tariflichen Verträge, im Westen sind dies 47% der Betriebe (mit 71% der Beschäftigten) (Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen 1999 in: SFZ 1999a, S.26). Auch Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit sind häufig vorkommende Phänomene auf dem knappen Berliner Arbeitsmarkt, wobei durch die Art dieser Arbeit keine zuverlässigen Daten zu nennen sind.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit, die qualitative Verteilung der Arbeitsplätze und auch die *Arbeitserfahrungsjahre* in der Organisation oder im Beruf, die zur Eingliederung in höhere Tarifgruppen führt, hat zur Konsequenz, dass die Durchschnittseinkommen im Westteil Berlins wesentlich höher als im Ostteil der Stadt sind. Für die Arbeiter im produzierenden Gewerbe lagen die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste im Juli 2000 bei 4090 (im Osten) beziehungsweise 4621 DM (im Westen). Die Angestellten im produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe verdienten im Osten durchschnittlich 5495 DM, im Westen 6079 DM (Statistisches Landesamt Berlin). Dennoch sind in Ostberlin die Einkommen durchschnittlich wesentlich höher als in den anderen Neuen Bundesländern.

Flexiblere Arbeitsverhältnisse – mehr Scheinselbstständigkeit, weniger Tarifbindung, mehr ABM und SAM, niedrigere Löhne – sind in einer Situation, die von einem dichten Arbeitsmarkt geprägt ist, erklärbar. In diesen ungleichen Verhältnissen liegt aber auch ein wichtiger Kern für das Empfinden einer Diskriminierung aufgrund der ethnoregionalen Herkunft.

“Dass wir eben bei uns, hier in Ost-Berlin, für mehr Arbeit weniger Geld kriegen. Wir arbeiten ja mehr Stunden. [...] Das sehe ich jetzt auch bei meinem Mann wieder, der arbeitet 40 Stunden, und seine Kollege die arbeiten 36 Stunden und haben 100%. Er hat für vier Stunden mehr (jetzt sind es drei Stunden bloß noch) eben bloß 89% von dem Gehalt. Und wenn man teilweise dann so nebeneinander arbeitet, dann ist das ein ganz komisches Gefühl. Man darf darüber zwar nicht reden, sagen sie dann immer, man soll ja über seine Gehälter nichts mehr erzählen, aber irgendwie guckt man ja doch dahinter und kriegt es dann raus. Das ist komisch. Neid würde ich es nicht nennen, das ist es nicht, man ist nicht neidisch, aber man fühlt sich irgendwie zweiter Klasse. Und das ist ein ganz blödes Gefühl. Gerade hier in Berlin ist es schlimm. Wenn du eben in einem anderem Ort bist, wo der Westen nicht so nah dran ist, Leipzig, Dresden und so, dann ist es eben nur ein Ost-Gebiet, aber hier ist Ost und West so dicht nebeneinander und die Betriebe, die mischen sich ja teilweise auch... Das ist echt nicht schön“ (gelernte Chemiefacharbeiterin die (noch zu DDR-Zeiten) Verkäuferin wurde, Berlin¹⁶).

5.4.3 Die Position der Ostberliner auf dem Arbeitsmarkt

Die berufliche Position wurde, auf Grund der Schließung von Betrieben, Organisationen und Institutionen für viele Ostdeutsche nach der Wende völlig neu definiert. Sogar wenn die Arbeitsstelle erhalten blieb, wurde die berufliche Verantwortung oftmals völlig neu definiert und wurden die Mitarbeiter öfters auch in direkten Kontakt mit Westdeutschen gebracht

¹⁶ Dieses Zitat stammt aus einem Interview aus der Diplomarbeit von van Hasselt (2001).

– sei es als Arbeitgeber/Auftraggeber oder auch als Kollegen. Die Berufsbiographien vieler Ostberliner erhielten demzufolge durch die Wende einen bedeutsamen Bruch.

Über das Ausmaß dieser Brüche, wie es das Max-Planck-Institut in Berlin im Projekt „*Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR*“ analysiert hat, hat im Berliner Kontext keine spezifische Forschung stattgefunden. Dennoch sind die für die gesamte *ehemalige DDR* analysierten Prozesse (relativ viel negative vertikale Mobilität der beruflichen Position von Menschen, die 1989 in Leitungspositionen tätig waren und weniger, aber immerhin negative vertikale Mobilität bei denen, die als Angestellte oder Arbeiter tätig waren) auch im Berliner Kontext vorfindbar. „Das sozialistische Aufstiegskriterium *Systemloyalität* hat sich in ein postsozialistisches Abstiegskriterium verkehrt, stark politisierte und loyalitätsabhängige DDR-Karrieren werden rückgängig gemacht, insbesondere wenn sie von fachlicher Kompetenz abgekoppelt waren“ (Geißler 1996, S.162).

Das hieß, dass die Leitungspositionen bei der Weiterexistenz eines DDR-Betriebes oder einer DDR-Organisation nicht länger mit ihrem vorhandenen Personal zu besetzen waren und demzufolge neu besetzt werden mussten. Bei dieser Neubesetzungen der privatisierten Unternehmen (und auch in öffentlichen und privaten Organisationen) waren Kenntnisse über das Funktionieren des Marktwirtschaftssystems, der Zugang zu Finanzressourcen und hilfreiche soziale Netzwerke für die Bewerber um diese Posten sehr hilfreiche Qualitäten. Qualitäten die den Ostdeutschen durchaus fehlten¹⁷.

Durch die vergleichsweise geringen Kapitalressourcen der Ostberliner waren es besonders westdeutsche (und ausländische) Privatpersonen und Unternehmen, die in Berlin viele (Groß)Firmen aus dem treuhänderischen Besitz übernehmen konnten. Außer diesen Investitionen in der Ostberliner Wirtschaft wurden auch – nach dem Prinzip Rückgabe vor Entschädigung – viele Alteigentümer in die Lage versetzt, ihren alten Familienbesitz¹⁸ zurückzufordern. Je nach Branche und betriebsspezifischen Merkmalen wurden dabei auch Teile des Personalbestandes übernommen. Was allerdings in praktisch allen Betrieben und Organisationen nicht übernommen wurde, waren die sozialistischen Arbeitsverhältnisse.

„*Die IG Metall hier ist größer geworden. In der Atmosphäre hat sich allerdings nicht viel geändert im Vergleich zu 'vor 1989'. Die Ostberliner haben sich prima integriert in diesem System*“ (Sprecher der IG Metall-Berlin).

Über die Entwicklung der spezifischen Verteilung von Leitungspositionen in Betrieben und Organisationen im Berliner Kontext – nach ethnoregionaler Herkunft aufgeschlüsselt – sind keine Daten bekannt, da die ethnoregionale Herkunft kein Analysefaktor ist, der in den Datenerhebungen explizit erforscht wird. Immerhin ergab sich bei den von mir besuchten Organisationen, Institutionen und Betrieben sowie aus den Gesprächen, die ich führte, nicht der Eindruck, dass Berlin sich in dieser Hinsicht wesentlich von anderen Regionen der ehemaligen DDR unterscheidet. Auch da, wo einige (öffentliche) Berliner Betriebe aus praktischen Gründen zusammengelegt wurden – wie bei der BVG, BWB, BSR und BBB¹⁹ – war das Ergebnis der Fusion meist ein ethnoregional *gemischter* Betrieb mit überwiegend Westdeutschen in den Führungspositionen. Andere Firmen wurden direkt von westdeutschen oder ausländischen Firmen oder Privatpersonen übernommen – wie das *Centrum-Warenhaus* (Kaufhof) und Berliner Pilsner (Schultheiß Brauerei). Auch in diesen Betrieben blieben die

¹⁷ Andererseits konnten die Qualifikationen und Netzwerke der Ostberliner nach wie vor von Bedeutung sein in manche Organisationen und Betriebe, da die (neuen) Absatzmärkte in Osteuropa für die Westdeutschen Unternehmen weithin unbekannt waren, und weil diese Ostdeutschen besser bekannt waren mit der lokalen Situation in die Neuen Länder.

¹⁸ Manche Westdeutsche oder auch Jude konnte Anspruch erheben auf Firmen oder Bauten die in DDR-Zeit kollektiviert worden waren. Die neue Eigentümer waren meist sehr interessiert um gerade Wohnungen zügig zu modernisieren, da hierfür im Rahmen der Steuergesetzgebung "*Sonderabschreibungen Ost*" zu Verfügung gestellt wurden.

¹⁹ Berliner Verkehrsbetriebe, Berliner Wasser Betriebe, Berliner Stadtreinigung und die Berliner Bäder Betriebe.

Führungspositionen damit (fast ohne Ausnahme) in den Händen der *westdeutschen Mutterfirmen*, wobei allerdings auch mehrere Ostler in das Management integriert wurden.

Firmen mit ostdeutschem Management waren überwiegend die ab 1990 neu gegründeten Mittel- und Kleinunternehmen, vor allem in Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben wie Bäcker, Klempner oder Reisebüros. Auch dutzende wissenschaftliche Forschungsinstitute wurden von ostdeutschen Wissenschaftlern neu gegründet (gerade nachdem viele Wissenschaftler durch die Auflösung der – nach Sowjetischem Vorbild konstruierten – DDR-Wissenschaftsinstitute, wie der Akademie der Wissenschaften, arbeitslos wurden).

Diese relativ kleinen und selbständig operierenden Forschungsinstitute sowie die kleinen und mittleren selbständigen Unternehmer wurden in den von mir geführten Gesprächen meist als Ausnahmefälle genannt, da sie von Leuten geführt wurden, die in der DDR aufgewachsen waren. In den größeren Unternehmen wurden die Chancen der Ostdeutsche für die Erlangung solcher Positionen generell anerkannt, dennoch konnte fast keiner der 50 Befragten solche Betriebe auch konkret nennen.

„Es gibt keine Gesetze, die solches verbieten, aber Tatsache ist, dass ich wenige Ostdeutsche an der Spitze von großen Betrieben kenne. Oft werden sie aber in der zweiten Reihe angestellt“ (Frau aus Berlin).

5.5 Chemnitz

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts fanden in Chemnitz verschiedene Fabriken einen fruchtbaren Boden am Ufer des Chemnitz-Flusses²⁰. Die 1836 gegründete „*Königliche Gewerbeschule*“ wurde im Laufe der Zeit in eine Staatliche Akademie für Technik umstrukturiert und auch die kulturelle Bedeutung der Stadt fand ab dem Anfang des 20. Jahrhunderts einen schnellen Aufschwung unter anderem mit dem Bau eines „*Centraltheaters*“, der Einweihung des „*König-Albert-Museums*“ und des „*Neuen Stadttheaters*“ (ab 1925 Opernhaus).

1930 erreichte Chemnitz, als eine der reichsten Städte des Deutschen Reiches, ihre bislang höchste Einwohnerzahl von über 360 000. In dieser Zeit war die Chemnitzer Region unter anderem auch wegen ihre Automobilindustrie rundum die „*Auto-Union*“ bekannt²¹. Die Auto-Union produzierte fast 25% der deutschen Kraftwagen und 33% der Krafträder (Stadt Chemnitz 1992).

Letztendlich führten die alliierten Luftangriffe 1945 zur praktisch flächendeckenden Ausradierung der industriellen Infrastruktur. Dennoch knüpfte die Chemnitzer/Karl-Marx-Städter Wirtschaft nach dem Krieg wieder an die traditionellen Industriezweige an, konnte damit die fachliche Expertise bewahren und in neuen Fabriken erneut anwenden. Karl-Marx-Stadt wurde somit einer der wichtigsten Industriestandorte der DDR, indem hier zwischen 13 und 20% der Bruttoindustrieproduktion der DDR hergestellt wurden (Zimmermann u.a. 1985, CWE-Chemnitz 1998, S.7). Der sekundäre Sektor beschäftigte insgesamt 52% der Chemnitzer Erwerbstätigen (im Kreis Chemnitz Land lag diese Quote sogar bei 66,3%) (Müller & Sabov 1995). Die alten Stützpfeiler, Maschinenbau²² und Textilindustrie²³, blieben dabei die meist prägenden Blickfänger der Stadt – sowohl figürlich wie auch wortwörtlich. Aber auch

²⁰ Zu den berühmtesten Chemnitzer Firmen zählten unter anderem die von Richard Hartmann, Johann Zimmermann und Louis Schönherr, aber auch der Böhme Fettchemie, welcher unter anderem in 1932 das weltweit erste vollsynthetische Waschmittel herstellte (FEWA).

²¹ Die vier Ringen des heutige Audi-Symbols verweisen auf die vier in der Chemnitzer Region ansässigen Firmen – Audi, Horch, DKW und Wanderer – die sich 1932 zusammenlegten in der „*Auto-Union*“.

²² 16,2% der Bruttoproduktion der Maschinenbauindustrie der DDR wurde in Karl-Marx-Stadt erwirtschaftet (Zimmermann u.a. 1985).

²³ Im Bezirk Karl-Marx-Stadt wurde 1982 51,5% der Bruttoproduktion der Textil der DDR erwirtschaftet (Zimmermann u.a. 1985).

andere Wirtschaftszweige, wie die Elektrotechnik/Elektronik (VEB Robotron-Buchungsmaschinenwerk) und Sport (u.a. im Sportclub Karl-Marx-Stadt²⁴) entwickelten sich zu stadtidentitätsprägenden Elementen.

Karl-Marx-Stadt war außerdem das Verwaltungszentrum für einen der fünfzehn Regierungsbezirke der DDR. Infolgedessen war die Beschäftigtenzahl im tertiären Sektor im Vergleich zum direkten Umland²⁵ relativ groß. Die überdurchschnittliche Vertretung im tertiären Sektor kam nicht nur in der staatlichen Verwaltung zum Ausdruck, sondern auch darin, dass die Stadt – als Kern des Versorgungsgebietes – bestimmte angemessene Einrichtungen wie das Centrum-Kaufhaus, die Technische Universität und ein relativ breites kulturelles Spektrum, zu bieten hatte.

5.5.1 Veränderungen der Wirtschaftsstruktur

Der Schwerpunkt auf dem industriellen Sektor in der Karl-Marx-Städter Wirtschaftsstruktur machte diese besonders empfindlich für die tiefgreifenderen wirtschaftlichen Transformationen, so wie sie nach 1989 stattfanden. Die Ausrichtung der Industriezweige auf die Exporte in Richtung der RGW-Länder sorgte für eine sich schnell entwickelnde wirtschaftliche Krisensituation.

„Sehr viele Betriebe in dieser Branche [Textil] waren einfach nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt“ (Sprecherin der Industrie- und Handelskammer Chemnitz). *„Nach der Einführung der DM konnte man die Chancen dieser Betriebe auf dem Markt sowieso vergessen“* (Herr Z. aus Chemnitz).

Mit den Konkursen in der Textil- und Bekleidungsindustrie verloren in den ersten vier Jahren des Chemnitzer Umstrukturierungsprozesses circa 90% der ehemals in der Textilindustrie Beschäftigten ihren Arbeitsplatz (Neufeldt & Rasche 1995, S.4). Auch für Teile des (Textil)Maschinenbaus hatte dies tiefgreifende Folgen, da zum Beispiel der VEB Nähwerkmaschinenbau Malimo und das VEB-Kombinat Textima alle Arten von Textilmaschinen für die lokale Textil- und Bekleidungsindustrie entwickelten. Obwohl die Produkte dieser Maschinenbaubetriebe teilweise auch über die Staatsgrenze hinaus exportiert wurden – manchmal auch in westliche Staaten –, war diese Branche auf dem offenen Weltmarkt nur beschränkt überlebensfähig.

„Diese Löhne, die man verdient hat und bei dieser niedrigen Produktivität, das war natürlich unmöglich in einer Marktwirtschaft weiterzuführen. Diese große Anzahl von Arbeitslosen, so wie sie sich 1990/91 entwickelte, war dann auch nicht zu vermeiden. Jeder Job, den man retten konnte, war im Grunde genommen ein Geschenk“ (Herr G aus Chemnitz).

Die prozentuelle Präsenz der industriellen und handwerklichen Wirtschaftszweige in Chemnitz (Stadt) ging von 1989 bis 1996 von 52,0% auf 30,6 % zurück. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl war, wegen der Abwanderung und dem generellen Zurückgang der Arbeitsbevölkerung, allerdings noch viel gravierender. Von 92 818 im Jahr 1989 (Müller & Sabov 1995) ging sie auf 46 283 im Jahr 1996 zurück (CWE-Chemnitz 1998, S.23), wobei im letzteren Jahr mehr als ein Drittel dieser Beschäftigten im Baugewerbe tätig war²⁶, also beim

²⁴ Der SCK war eine der erfolgreichsten staatlich organisierten Zentren für Leistungssport. Insgesamt holte die Chemnitzer Sportler zwischen 1963 und 1997 180 internationale Goldmedaillen (95 EM, 63 WM, und 22 Goldmedaillen bei den Olympischen Spielen) (Sportamt Chemnitz 2000).

²⁵ 47,7% der Beschäftigten in der Stadt, gegen 23,5% im Karl-Marx-Städter Landkreis arbeiteten im tertiären Sektor. 1989 – als das Land Sachsen als Verwaltungsorgan noch nicht vorhanden war – lag der Prozentsatz der sächsischen tertiären Sektor bei 38,6%. Nur die Städte Leipzig (54,4%), Dresden (52,3%), Görlitz (49,2%) und Hoyerswerda (45,2%) hatten vergleichbar große tertiäre Sektoren (Müller & Sabov 1995).

²⁶ Die Prozentsatz Bauarbeiter lag in 1989 bei 7,5%.

Neubau und Instandsetzung von Wohnungen, Werken, Einkaufszentren²⁷ und sonstiger Infrastruktur wie Straßen und ÖPNV-Verbindungen.

Obwohl viele Betriebe und Werke zugemacht wurden, wurden auch komplett neue aufgebaut. Diese wurden dann nach dem neuesten technischen Stand – und meist durch westliche Investoren mit Hilfe staatlicher Subventionen – konstruiert²⁸. Die Übernahme von westlichen Investoren war dabei nicht nur notwendig, um Investitionsgelder zu generieren und wegen der Erweiterung des Absatzmarktes in Richtung Westen, sie wurde in den Anfangsjahre von so mancher Belegschaft auch aktiv erwünscht.

„In der Anfangszeit war jeder Kapitalist - oder vermeintliche Kapitalist - ein Halbgott. Die kamen mit BMW oder Bentley und Rolex [...], und die Belegschaften wollten alle privatisiert werden“ (Sprecher der IG Metall-Chemnitz).

Eine Betriebsübernahme fand unter anderem bei einem Teil der Werkzeugfabrik *„[VEB Fritz] Heckert“* statt (ehemals 4500 Arbeitnehmer), der von westlichen Investoren übernommen wurde²⁹. Heutzutage sind in dem Werk noch etwa 300 Menschen beschäftigt. Ein anderes Beispiel einer solcher Rationalisierung ist der *„VEB Großdrehmaschinenbau 8. Mai“*³⁰. Dieser wurde 1992 von dem amerikanischen Investor Naumann gekauft und produziert seitdem unter dem Namen *„Niles-Simmons“*. Die Beschäftigtenzahl ging dabei von 1500³¹ auf 280-300 Beschäftigte im Jahr 1999 zurück (Niles-Simmons 2000).

Es gibt auch Ausnahmen von der Regel beim Verkauf von Werken an *Außenstehende*, wie bei der Firma UNION-Bohrwerke (bis 1989 Teil des Werkzeugkombinats *„Fritz Heckert“*). Diese Firma wurde anfangs zwar von der Bremer Vulkan Verbund AG übernommen, 1996 wurde allerdings doch noch deren Gesamtvollstreckung beantragt. In diesem Moment waren rund hundert Belegschaftsangehörige bereit, den Betrieb selber zu übernehmen und damit zu versuchen, die Zukunft des Betriebes zu sichern. Trotz der positiven Entwicklung des Betriebes musste seitdem auch hier die Beschäftigtenzahl, aufgrund der Privatisierung, von 3300 auf 152 reduziert werden (vgl. Union Bohrwerke 2001; Schroeter 2000).

„Die UNION, da machen die Mitarbeiter es selbst und das ist inzwischen ein republikweites Beispiel, wie man es machen kann. Sie wachsen auch ziemlich. Haben mit 13 Leuten angefangen, sind jetzt 140. [...] Sie brauchten viel Unterstützung und Hilfe, aber sie haben es geschafft“ (Sprecher der IG Metall-Chemnitz).

Neugründungen von überregional operierenden Firmen, die an *traditionelle Schwerpunkte* anknüpften, gab es auch. So spezialisierte sich *„Bruno Banani“* auf die Produktion von luxuriöser Unterwäsche, und so konnte auch die csg-Computer-service (ein IBM-Tochterunternehmen mit 800 Beschäftigten) zu einem der größeren Arbeitgeber in Chemnitz werden.

Die Wirtschaftszweige mit den weitaus größten relativen Wachstumsraten waren allerdings die öffentlichen und privaten (Dienstleistungs)Träger. Die Stadt Chemnitz spielt nämlich für die südliche Region Sachsens nach wie vor eine zentrale Rolle. So beherbergt Chemnitz unter anderem Institutionen wie die Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen (IHK), das Oberschulamt, einige Gewerkschaftszentralen, das Amt- und Landgericht und die TU Chemnitz/Zwickau.

²⁷ Im ersten Jahrzehnt nach der Wende sind in Chemnitz mehrere große Einkaufszentren entstanden, meistens am Rande der Stadt. Beispiele sind hier der Sachsenallee, das Vita-Center, das Neefepark, die ERMAFA-Passage, das Chemnitz-Center und das Alt-Chemnitz-Center. In der Innenstadt entsteht seit Ende der 90'er Jahre, unter Anführung von der Investor *„Galeria-Kaufhof“*, noch einem zusätzlichen Einkaufszentrum.

²⁸ Das VW-Motorenwerk und der Siemens Werkzeug und Produktionsmaschinenbau sind hier gute Beispiele.

²⁹ Traub AG [1993-1997] und später wechselte es noch mal von Besitzer in Hände der Starrag/Schweiz.

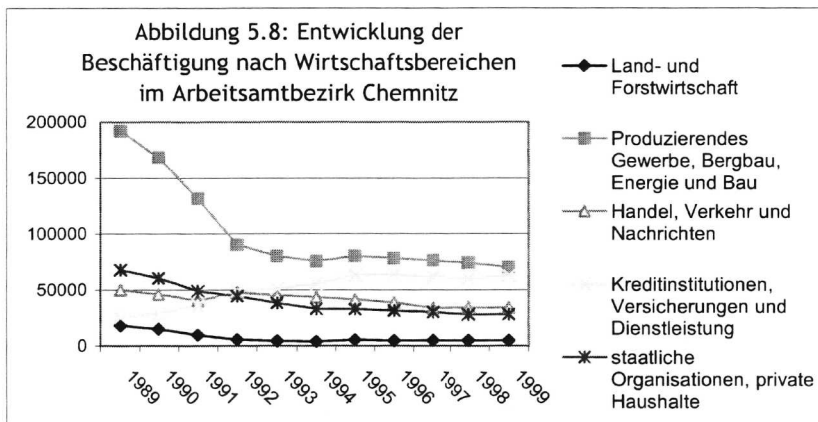
³⁰ Vor dem Zweiten Weltkrieg war dies bekannt unter der Name *„Escher-Drehmaschinenfabrik“*.

³¹ Allein an dem Standort Chemnitz. Zusammen mit den Werke in Mittweida, Erlau, Döbeln, die Betriebsschule Einsiedel, das Zentrales Pionierlager Einsiedel sowie Gera betrug der Beschäftigtenzahl rund 3000.

Die Universität funktioniert dabei auch als ein Katalysator für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung der Region. Durch die Vernetzung von Universität und Wirtschaft im „Technologie Centrum Chemnitz“ (TCC) – wo 74 technologiebezogene Unternehmen in einem Existenzgründerzentrum (zusammen)arbeiten – wächst diese High-Tech-Branche verhältnismäßig schnell³². Diese neu gegründeten High-Tech-Betriebe zeichnen sich aber besonders durch die kleine Anzahl von Beschäftigten aus. Chemnitz beherbergte im Jahre 2000 140 EDV-liierte Unternehmen, die Arbeit für über 4000 Menschen schaffen (die Durchschnittsgröße der Betriebe lag also bei 29 Beschäftigten³³) (CWE-Chemnitz-Information 2000). „Vor allem Softwareanbieter warteten mit einer außerordentlich kräftigen Konjunktorentwicklung auf, die gleichermaßen von Umsatz- und Beschäftigungswachstum begleitet war“ (IHK Südwestsachsen 1999, S.17).

„Die ganze Automatisierung bedeutet sehr viel für die Zukunft der Chemnitzer Region. Sie schafft erstens viele innovative Arbeitsplätze und bildet damit auch das Fundament für die neue Entwicklung der Stadt. Und mit dem TCC und der TU bringen wir diese Entwicklung sehr schnell voran“ (Sprecher der Oberbürgermeister Chemnitz).

Das Wachstum dieser Branche ist auch in der Entwicklung des Chemnitzer Arbeitsmarktes sichtbar (Abbildung 5.8). Während in praktisch allen Wirtschaftsbereichen (auch nach 1995) eine negative oder zumindest zeitweise stabile Arbeitsplatzentwicklung zu verzeichnen ist, ist der Dienstleistungsbereich gewachsen. Trotz der relativ kleinen Ausmaße der Computer-Branche wächst die Tendenz in Richtung der auf Dienstleistung bezogenen Technologie in Chemnitz eindeutig.



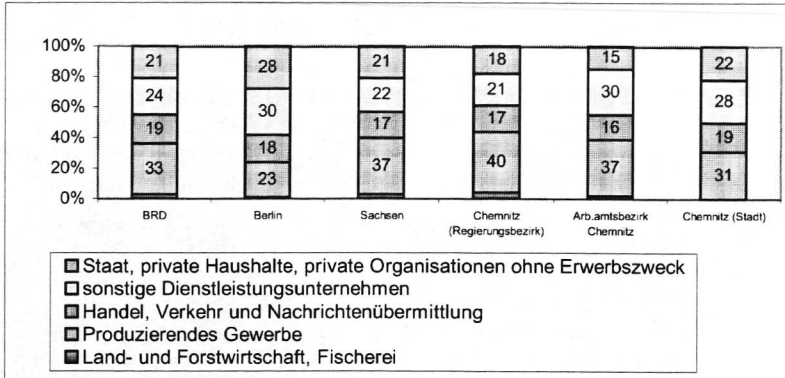
Quelle: Daten aus dem Arbeitsamt Chemnitz 1999

Durch den rasanten Beschäftigungsabbau im industriellen Bereich hatte Chemnitz (Stadt) schon 1997 einen – im Vergleich zu Sachsen und der gesamten BRD – unterdurchschnittlichen sekundären Sektor (Abbildung 5.9). Damit scheint sich der industrielle Charakter der Stadt zu transformieren, wobei der (hoch-technologischen) Industrie weiterhin eine besondere Position zugedacht ist. Mit dem Werbeslogan „Chemnitz, die InnovationsWerkStadt Sachsens“, wird diese Tendenz der Wirtschaftstransformation treffend in Worte gefasst.

³² Das TCC wird unterstützt vom Stadt Chemnitz, Landkreis Chemnitz, die Chemnitzer Sparkasse, die Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen, die Technische Universität Chemnitz, die IHK Aachen und das AGIT Technologiezentrum in Aachen.

³³ Dabei sind allerdings sechs Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten (die insgesamt 2000 Menschen eine Arbeit verschaffen). Dies verringert die Durchschnittbeschäftigtenzahl der übrigen 134 Firmen auf 15,5.

Abbildung 5.9: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen - 1997



Der Regierungsbezirk Chemnitz setzt sich zusammen aus den Arbeitsamtsbezirken Chemnitz, Zwickau, Plauen und Annaberg

Quelle: Statistik Regional/Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und Statistisches Jahrbuch Stadt Chemnitz 1998 [Daten sind für 1996]

Den industriellen Ruf hat Chemnitz zur Zeit besonders seinem direkten Umland zu verdanken. Das Chemnitzer Umland wird nämlich nach wie vor von industriellen Werken geprägt. Im Regierungsbezirk Chemnitz arbeiten sogar mehr als 40% der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Schließungen von alten Produktionswerken konzentrierten sich also vorwiegend auf die Betriebe, die in der Stadt ansässig waren.

5.5.2 Der Arbeitsmarkt

In Chemnitz ging die Beschäftigtenzahl der Großbetriebe im Werkzeugmaschinenbau³⁴ von 10 700 (1990) auf 1080 (1998) zurück. Im Textilmaschinenbau³⁵ fiel diese Zahl in der gleichen Zeitspanne von 9900 auf 1145 (Informationen vom IG Metall-Chemnitz). Die betroffenen Arbeitslosen mussten sich in Folge dessen auf einem zunehmend knapper werdenden Arbeitsmarkt einen neuen Arbeitsplatz suchen, und damit wurden viele von Fördergeldern abhängig, andere schieden (endgültig) aus dem Arbeitsprozess aus.

„Am schlimmsten getroffen hat es die Textilbranche. Zwischen 80 und 95% der Arbeitsplätze in dieser Branche sind verlorengegangen. Eigentlich unvorstellbar. Und dass es friedlich geht [...] Im Ruhrgebiet wäre dies vielleicht nicht so möglich gewesen. Es gab die Beschäftigungsgesellschaften zum auffangen, es gab die ABM, es gab Vorruhestand ab 55. Das hat es abgefedert“ (Sprecher der IG Metall-Chemnitz).

Da Chemnitz relativ weit vom westdeutschen und Westberliner Arbeitsmarkt entfernt liegt, konnte vergleichsweise wenig durch tägliche Pendelbewegungen „abgefedert“ werden. 1997 verdienten 2253 in Chemnitz sesshaft registrierte Sozialversicherungspflichtige ihr Geld in einem der Alten Bundesländer. Andersherum pendelten 1095 Menschen aus den Alten Bundesländern in den Chemnitzer Arbeitsmarkt herein (Stadt Chemnitz 1999, S.79). Bei diesem vergleichsweise geringen Umfang des Pendlersaldos zwischen Chemnitz und den Alten Ländern liegt der Schwerpunkt also eindeutig bei der Bewegung aus Chemnitz heraus.

Innerhalb Sachsens und im Austausch mit den anderen Neuen Bundesländern fungiert die Stadt Chemnitz allerdings eher als Magnet, indem sie mehr als doppelt so viele Beschäf-

³⁴ Die Betriebe „Heckert“, „Niles“, „Schaudt“, „Modul“, „Union“ und „Krupp-Drauz“.

³⁵ Die Großbetriebe in diesen Bereich waren „CSM“, „Weba“, „Malimo“, „BARMAG“.

tigte anzieht als aus der Stadt heraus pendeln³⁶. Die Pendlerstatistiken für das direkte Umland sind allerdings nur beschränkt aussagekräftig, da durch die Suburbanisierung im Chemnitzer Umland eine Verschiebung stattgefunden hat, die weniger mit dem Arbeitsmarkt, mehr aber mit dem Wohnungsmarkt zusammenhängt³⁷.

Die steigende Arbeitslosigkeit machte das Chemnitzer Arbeitsamt in den ersten Jahren nach der Wende mitverantwortlich für den Arbeitsplatz und das Einkommen von über 100 000 Erwerbspersonen. Außer den Menschen, die arbeitslos wurden, waren dies vor allem auch ältere Arbeitnehmer, die mit Vorruhestandsregelungen und Altersübergangsgeld aus dem Arbeitsprozess austraten (Abbildung 5.10).

Im Juni 1993 beteiligten sich insgesamt noch mehr als 30 000 Menschen an dieser Art Regelungen. Auch Tätigkeiten, die in Kurzarbeit stattfanden, FuU- und ABM/SAM-geförderte Projekte, wurden zumindest teilweise vom Arbeitsamt (mit)finanziert.

„Allein das Arbeitsamt Chemnitz hat seit der Wende 14 Milliarden DM für die Kosten der Arbeitslosigkeit, inklusive der Maßnahmen und alles ausgegeben. Nur Chemnitz! Man muss sich vorstellen, dass man der ganzen Tschechischen Republik einmal 2 Milliarden Unterstützung geben wollte“ (Sprecher der IG Metall-Chemnitz).

Der Chemnitzer Arbeitsmarkt ist von geförderten Arbeitsstellen abhängig, um die Arbeitslosenquote nicht auf einen Prozentsatz von rund 25% steigen zu lassen. Doch nicht nur die Fördermaßnahmen sorgten dafür, dass arbeitslose und unterbeschäftigte Chemnitzer der Stadt erhalten blieben. Für einige Arbeitslose war der Schritt in die Alten Bundesländer aus sozial-kulturellen Gründe keine reelle Alternative.

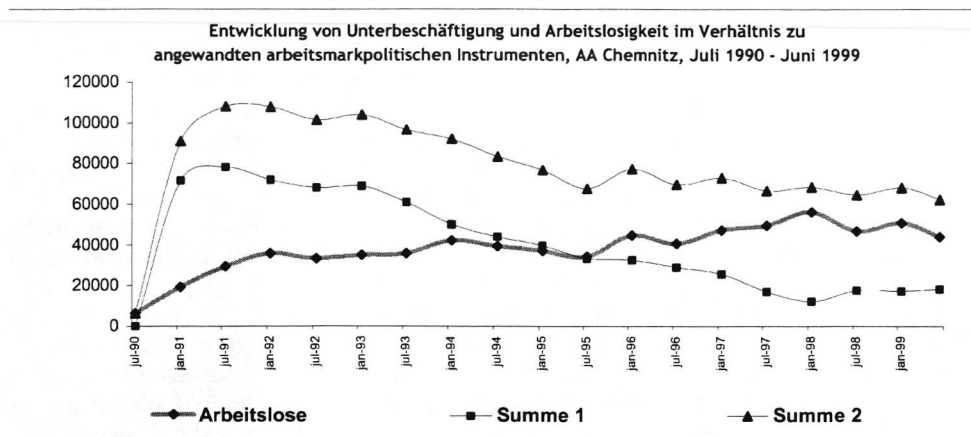
„Ich glaube nicht, dass ich bereit wäre, in eines der Alten Bundesländer umzuziehen. Ich bin eigentlich doch hier aufgewachsen und kenne hier die Mentalität. Und ich wäre auch nicht bereit, den Westen zu kopieren, ich möchte nicht diese Westgepflogenheiten – sprich Klamotten, Repräsentation nach außen und so weiter – die möchte ich nicht kopieren“ (ehrenamtlich arbeitender Mann aus Chemnitz).

Auf dem Chemnitzer Arbeitsmarkt gibt es keine tariflich festgelegten Unterschiede für verschiedene soziale (oder ethnoregionale) Gruppen oder aufgrund des Arbeitsortes. Solches bedeutet aber keinesfalls, dass alle Beschäftigten im gleichen Beruf auch unter den gleichen Bedingungen arbeiten. So unterliegen der Tarifbindung nur 30,8% der Unternehmen und 34,9% der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Dabei haben 5,9% der Unternehmen einen Firmentarifvertrag, der also ausschließlich zwischen dem einzelnen Betrieb und der Gewerkschaft geschlossen wird. Diese Firmentarifverträge brachten für die Mehrzahl der Unternehmen eine Einsparung von bis zu 10% der jährlichen Personalkosten (M+E Consult 2000). Die übrigen Firmen arbeiten ohne Tarifvertrag und sind damit durchaus durch schlechtere Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen gekennzeichnet.

³⁶ Für Arbeit pendelten am Stichtag 30.6.1997 1392 Chemnitzer in eine der Neue Bundesländer (ohne Sachsen) und 16 350 in eine der andere Kreise im Freistaat Sachsen. Einpendler kamen mit 41 731 aus Sachsen selbst und mit 2211 aus den andere Neue Bundesländer. 6 Einpendler kamen aus dem Ausland. (Stadt Chemnitz 1999, S.79).

³⁷ In den Jahren 1994-1997 ergab sich ein negativer Wanderungssaldo von 14 568 gegenüber dem Umland. An dem Rest Sachsens verlor Chemnitz 2635 Einwohner, der Negativsaldo gegenüber den übrigen Bundesländern betrug 4851 (Stadt Chemnitz 1999, S.47). Nur aus dem Ausland war die Bilanz in diese Periode positiv. Hier betrug der positive Saldo 1704, was aber für einen Großteil damit zusammenhängt das die Stadt Chemnitz auch Flüchtlinge und Spätaussiedler aufgenommen hat. Menschen die sich durchaus nicht freiwillig für Chemnitz entschieden haben. Der Chemnitzer Bevölkerungsstand ging von 315 277 (1990) auf 256 922 (2000) zurück, eine Verringerung um 18,5% (Daten vom Bürgeramt/Einwohnermelderegister der Stadt Chemnitz).

Abbildung 5.10: Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit im Gebiet des Arbeitsamtes Chemnitz



Summe 1: - Arbeitnehmer in ABM, Maßnahmen nach §249 h AFG und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM)
 - Teilnehmer an Fortbildung und Umschulung
 - Kurzarbeiter
 - Empfänger von Vorruhestands- und - Altersübergangsgeld

Summe 2: - Arbeitslose
 - Arbeitnehmer in ABM, Maßnahmen nach §249 h AFG und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM)
 - Teilnehmer an Fortbildung und Umschulung
 - Kurzarbeiter
 - Empfänger von Vorruhestand
 - Altersübergangsgeld

Quelle: Daten des Institutes für Wirtschafts- und Sozialforschung Chemnitz (WISOC)

„Die Arbeitsverhältnisse sind nur dann anders, wenn der Betrieb einen Betriebsrat hat. Wenn der Betriebsrat da ist und noch tariflich bezahlt wird, da sind die Verhältnisse noch ganz OK. Aber das sind wenige, und dabei spielt die Ossi- oder Wessi-Herkunft der Unternehmer keine Rolle“ (Herr H. aus Chemnitz).

Von einem Herkunftsvorteil oder geographisch nachweisbaren Differenzen zwischen Regionen/Bezirken kann in Chemnitz keine Rede sein. Die Verteilung der Einkommen – der Unterschied zwischen Best- und Schlechtverdienern – ist demzufolge auch im Vergleich zu Berlin relativ flach. Ebenso sind die Durchschnittsmonatsverdienste für Arbeiter im produzierenden Gewerbe durchaus weniger differenziert und niedriger als in Berlin. Im Monat werden hier durchschnittlich 3413 DM (Oktober 2000) verdient¹.

5.5.3 Die Position der Chemnitzer auf dem Arbeitsmarkt

Obwohl die wirtschaftliche Transformation in Chemnitz eine größere Dimension als in Berlin angenommen hat und sie außerdem viel weniger *Abfederung* in einem naheliegenden Arbeitsmarkt erfuhr, konnte der lokale Arbeitsmarkt sich auf mehreren Terrains erholen. Die horizontale Inkorporation der Chemnitzer Wirtschaft fand dabei eine andere Form als in Berlin. Die Fabriken, Werke und Institutionen wurden zwar überwiegend mit westlichem Kapital und nach westlichem Muster modernisiert, die (drastisch reduzierten) Belegschaften wurden allerdings nach wie vor von Arbeitnehmern aus dem direkten Umfeld dominiert (die in Chemnitz/Sachsen geboren und aufgewachsen sind).

¹ Zum Vergleich: in Berlin (Ost) waren dies (in 1999) 4236 DM und in Berlin (West) 4508 DM (Statistisches Landesamt Berlin 2000, S.64)

Die ethnoregionale Mischung – also da, wo Osis und Wessis auf dem Arbeitsflur zusammen arbeiten – blieb bis jetzt hauptsächlich auf die höheren Positionen und Ämter beschränkt. Die geringe Anzahl an Einwanderern aus den Alten Bundesländern (laut mehreren Befragten waren dies nicht mehr als 5000 Personen²) fand ihren Eintritt auf den Arbeitsmarkt fast ausschließlich in den führenden Positionen. Damit wurden die Einkommensunterschiede weniger über die ethnoregionale Herkunft sondern mehr über die Position im Betrieb/in der Organisation definiert. Die besseren Verdienste der Westdeutschen – durch ihre guten gesellschaftlichen Positionen – äußerten sich unter anderem in ihrer direkten Wohnumgebung. Sehr viele Westdeutschen sind gerade in den Zentrumsbezirken ansässig (besonders in den großen und vornehmen Bürgerhäusern beziehungsweise den Stadt villen auf dem gründerzeitlichen Kaßberg).

Trotz des Prozesses der horizontalen Inkorporation fanden die Westler in Chemnitz oftmals breitere Unterstützung als in Berlin, da ihnen Qualitäten zugeschrieben wurden (finanziell wie auch organisatorisch und intellektuell), die man unter geborenen Ostdeutschen weniger vorfand. Der Beitrag dieser Westdeutschen, wird weniger als Personifizierung der Marktwirtschaft, sondern eher als Bereicherung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes angesehen.

„Hier neben wohnt einen Mann aus dem Westen, der hat auch echt Ahnung in seinem Beruf. Der ist einfach weiter, der sagt: 'das haben wir doch alles schon gewusst. Was macht man denn hier?'. Der ist echt eine große Hilfe für die Stadt und für unsere Gemeinde [...] Ich bin ausgesprochen glücklich drüber, dass wir solche Leute aus dem Westen hier haben. Es gibt den Vorwurf, dass die aus dem Westen arrogant sind – das hat auch so seine Gründe – aber es gibt genug Leute, die es überhaupt nicht sind.“ (Pfarrer aus Chemnitz).

Was die genaue Verteilung der Leitungspositionen anbelangt ist, wie auch in Berlin, wegen der mangelnden Verfügbarkeit solcher nach der Herkunft aufgeschlüsselten Daten schlecht zwischen Ost und West zu differenzieren. Allerdings ist typisch, dass die „Führungsetagen“ von Betrieben und Organisationen, neben dem (westdeutschen) Direktor eine Mehrheit von gebürtigen Ostdeutschen/Chemnitzern aufweist.

Dagegen war in den ausführenden Berufen – direkt auf dem Arbeitsflur – die Einmischung von Westlern sehr gering. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt beschränkt sich – in den *Nicht-Leitungspositionen* – also vorwiegend auf die Qualitäten und Fähigkeiten, welche die jeweiligen ostdeutschen Bewerber besitzen. Der Faktor *'Ostdeutsch-sein'* kann in dieser Situation nur in sehr beschränktem Maße eine Rolle als Kriterium bei der Bewertung von Arbeitgebern spielen (beim Vergleich mit direkten Kollegen). Auch in Bezug auf die Tarife und Arbeitsverhältnisse kann der alleinige Faktor der ethnoregionalen Herkunft nicht als Faktor für die Differenzierung präsentiert oder interpretiert werden.

5.6 Schlussfolgerungen

Die Integration der Ostdeutschen auf dem transformierten Arbeitsmarkt hatte in diesem Kapitel eine zentrale Bedeutung, damit erforscht werden konnte, welche Konsequenzen dies letztendlich für die territoriale Identifikation der Ostdeutschen hatte.

Der primäre Indikator für die Arbeitsmarktintegration der Ostdeutschen – deren quantitative Beteiligung – zeigt, dass es bei dem wirtschaftlichen Zusammenwachsen beider deutschen Staaten bislang noch nicht gelungen ist, flächendeckend vergleichbare Konditionen in beiden Landsteilen zu schaffen. Trotz massiver öffentlicher und privater finanzieller Investiti-

² Statistiken zu der ethnoregionale Herkunft von Einwohner sind nicht verfügbar. Unter anderem ein Mitarbeiter des „Amtes für Organisation und Informationsverarbeitung der Stadt Chemnitz“ und der Sprecher der Oberbürgermeister schätzte die Zahl der Westdeutschen auf 5000.

onen für Projekte, welche die Wirtschaft ankurbeln sollten, liegt das Maß der Unterbeschäftigung in den Neuen Ländern wesentlich höher als in den Alten Ländern.

Die wichtigsten arbeitsmarktbezogenen Institutionen, wie die Gewerkschaften, die Handelskammern und der kontrollierende Staat, sind dabei fast alle kritiklos nach westdeutschem Modell transformiert. Ebenfalls wurden Strukturen wie das Beamtentum, die Tarifverträge und die Betriebsräte in den Neuen Ländern kopiert/transplantiert. Dennoch sind es nicht nur die Beteiligungschancen auf dem lokalen Arbeitsmarkt, die sich unterscheiden, generell wirken sich auch die Arbeitsmarktbedingungen (wie Entlohnung und sonstige Arbeitsverhältnisse) zu Ungunsten der Ostdeutschen aus.

Gerade diese territorial bedingte Deprivation war Anlass für viele Wanderungs- und Pendlerbewegungen, in denen Ostdeutsche in einem der Alten Bundesländer eine (bessere) Arbeit suchten. Die gleichzeitige West-Ost-Migration wurde dagegen von (erfahrenen) *Führungskräften* dominiert, die vor allem die leitenden Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft übernahmen. Diese beiden Wanderungs- und Pendlerbewegungen sind typische Bestandteile, die in einen Prozess der horizontalen Inkorporation passen.

Ein anderer wichtiger Indikator, der eindeutig in Richtung horizontale Inkorporation weist, ist das Eigentumsverhältnis in der Wirtschaft. Vor allem die größeren Betriebe sind mit dem Eintritt Ostdeutschlands in die Marktwirtschaft in die Hände von Westdeutschen und ausländischen Investoren übergegangen. Dieser Prozess wurde dabei bewusst vom Staat gefördert, um ein zügiges wirtschaftliches Zusammenwachsen (und damit eine nationale Entwicklung und Identifikation) herbeizuführen. Dieser wirtschaftliche *Einigungsprozess* hat einerseits dazu geführt, dass das durchschnittliche Wohlfahrtsniveau in Ostdeutschland eindeutig gestiegen ist, andererseits konnte in vielen Branchen die relative Deprivation der Arbeitsverhältnisse im Vergleich zu Westdeutschland nicht aufgehoben werden.

Die bislang noch nicht vollendete quantitative und qualitative Integration ist auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich Anlass für eine Stärkung der Grenzbildung zwischen Ost und West. Besonders die Gruppe, die während der Wirtschaftstransformation die größten Schwierigkeiten hatte – die ältere Generation, Frauen, geringer qualifizierte (Un- und Angelernte) und Arbeiter – gehören zu denjenigen, die sich durchaus besonders kritisch über die Folgen der Umwandlung äußern und die sich in dem neuen System nicht zurechtfinden. Die Mehrheit der Befragten – aus fast allen sozial-ökonomischen Ebenen der ostdeutschen Gesellschaft stammend – war in Folge dessen weder durch eine ausgeprägte bundesdeutsche Identifikation noch durch einen generellen Hang zur Wiederbelebung der DDR gekennzeichnet. Die kritischen Äußerungen zum heutigen Deutschland, bezogen sich zunächst auf das gesellschaftspolitische System – auch das sozialistische DDR-System³ wurde allerdings öfters hart kritisiert – andererseits war die Kritik an westdeutschen Individuen durchaus milder.

Die konkrete wirtschaftliche Lage Ostdeutschlands wird viel mehr direkt auf lokaler Ebene erfahren. Es wird regional differenziert geurteilt, je nach den sozialen und wirtschaftlichen Konditionen in beiden Fallstudien.

Berlin-Ost ist dabei generell eine bevorzugte Region, in der die Löhne relativ hoch sind, die Erwerbstätigen vergleichsweise viel im (staatlichen) Dienstleistungsbereich arbeiten und die Durchmischung von Ost- und Westdeutschen auf dem Arbeitsplatz am meisten stattgefunden hat. Auch das Ausmaß der wechselseitigen Pendlerströme im Berliner Raum ist in keinerlei Weise mit anderen Regionen zu vergleichen. Man würde erwarten, dass aufgrund dieser Faktoren auch das Gefühl, als Deutsche zusammen zu gehören – und eine gemeinsame imaginäre Gruppe zu bilden – in Berlin weiter fortgeschritten wäre als in Chemnitz.

³ Bei der Wertung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt und im Bezug auf die aktuellen Arbeitsmarktverhältnisse wird meist in klare Sprache reflektiert an die positiven Ereignisse der DDR-Vergangenheit („*Es war nicht alles schlecht in die DDR*“) und die negative Beurteilung der jetzigen „*Ellbogengesellschaft*“.

Solches ist aber zumindest nicht generell zu bekräftigen. Die alltäglichen Kontakte zwischen ost- und westdeutschen Erwerbstätigen, haben bei (relativ geringen) Unterschieden doch für eine ethnoregionale Identifikation unter den Ostberliner Erwerbsspersonen gesorgt. Anders gesagt ähneln sich die klassifizierbaren Praxisformen des *Habitus* in Berlin zwar wesentlich mehr als in Chemnitz, liegt in der Bewertung der kleineren Unterschiede am Arbeitsplatz aber nicht weniger Treibstoff für die Herausbildung der ethnoregionalen ostdeutschen Identität.

Zuerst hängt dies mit den Integrierungsprozessen auf den jeweiligen Arbeitsmärkten zusammen. Dabei konkurrieren Ost- und Westberliner auf dem gleichen Arbeitsmarkt nach vergleichbaren Arbeitspositionen. Dies hat zur Konsequenz, dass Westberliner auf allen mögliche Niveaus in Ostberlin arbeiten und vor allem auch, dass Ostberliner in Westberlin arbeiten und dass auch sie sich da auf das ganze Spektrum an verfügbaren Stellen bewerben. Diese strukturelle Integration – manchmal auch noch gefördert durch festgelegte oder erwünschte *Ostquoten* in Organisationen oder gewisse Fördermaßnahme – ist relativ erfolgreich im Erreichen ihres Ziels, nämlich einer proportionalen Verteilung von gesellschaftlichen Positionen von Ostdeutschen. Auch in den höheren Positionen in Betrieben und Institutionen haben sich allmählich immer mehr Ostberliner durchgesetzt, sind hier aber immer noch unterrepräsentiert.

Obwohl sich auch in Chemnitz die Präsenz von Westdeutschen auf die höheren Positionen des Arbeitsmarktes konzentriert, ist das quantitative Ausmaß dieser Gruppe viel geringer. Durch die viel größere Konzentration in den höheren Positionen, ist ein Vergleich zwischen *Ossis* und *Wessis* im Chemnitzer Kontext damit vor allem auch ein Vergleich, in dem die berufliche Position eine Rolle spielt. Die horizontale Inkorporation hat in Chemnitz so zu sagen eine stärkere qualitative Komponente und eine mildere quantitative, und letztendlich ist sie damit weniger mobilisierend. Aber, obwohl das Ergebnis dieser quantitativen und qualitativen Komponenten der Inkorporation schließlich weniger (ethno)regionale Forderungen mobilisiert, heißt dies allerdings nicht, dass sich damit (automatisch) auch eine stärkere Loyalität zum gesamtdeutschen Staat entwickelt. Dieses Paradox wird bei den allgemeinen Schlussfolgerungen im Kapitel 7 weiter ausgearbeitet.